

Wir müssen schreien, sonst hört man uns nicht!

Frauenwiderstand in der DDR
der 1980er Jahre



„Die Hexe sollte helfen, den DDR-Stall auszumisten“, Gudrun Birk-Gierke 2012 zu ihrer 1984 hergestellten Grafik. Die Künstlerin gehört in den 1980er Jahren selbst zur Ostberliner Gruppe Frauen für den Frieden.

»Es ist eine Geschichte vom Sprechenlernen, Verantwortung übernehmen, von Solidarität und der Verteidigung der Menschenwürde in einer Gesellschaft, die von Willkür und Lüge beherrscht wurde.«

Bärbel Bohley,
Initiatorin der Ostberliner Initiative Frauen für den Frieden, 2005

Eine von den Frauen getragene neue Protestbewegung wächst Anfang der 1980er Jahre innerhalb der europäischen Friedensbewegung. Unter dem Namen Frauen für den Frieden entstehen Gruppen, die sich über Ländergrenzen und Militärblöcke hinweg gegen den Wahnsinn der Aufrüstung mit Atomwaffen verbünden. Auch im Osten Deutschlands werden eigenständige Frauengruppen gegründet, die sich DDR-weit vernetzen und mit eindrucksvollen Protestaktionen die Öffentlichkeit suchen.

In 17 Städten der DDR engagieren sich Frauen gegen die Sicherheitspolitik des SED-Regimes und die zunehmende Militarisierung, die in alle Lebensbereiche hineinwirkt. Im Laufe der Jahre wird die Themenpalette erweitert: Umwelt- und Menschenrechtsfragen drängen nach Antworten, in der DDR scheinbar gewährte Gleichberechtigung wird hinterfragt, Willkür und Repression werden angeprangert. Es entwickelt sich eine Frauenbewegung in der DDR, die nicht zuletzt am Entstehen der Bürger(innen)bewegung von 1989 beteiligt ist.

ÄNGSTE

artikulieren



Die Spuren, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat, sind im Osten Deutschlands lange sichtbar. Noch Mitte der 1980er Jahre ist an einer Brandmauer in der Oranienburger Straße im Ostteil des geteilten Berlins diese Mahnung zu lesen.

Robert-Havemann-Gesellschaft/Eberhard Seidel

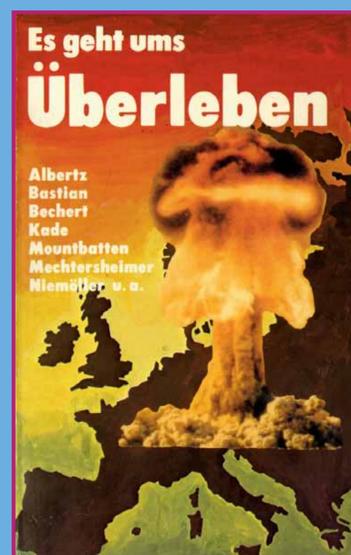
Die Gefahr, dass Europa nach mehr als dreißig Jahren Kaltem Krieg erneut zum Schlachtfeld werden könnte, ist Ende der 1970er Jahre bedrohlich angewachsen. Als Folge des von Deutschland entfachten Zweiten Weltkrieges stehen sich zwei politische Blöcke unversöhnlich gegenüber. Auf beiden Seiten wird mit Atomwaffen aufgerüstet.

Militärstrategen in Ost und West versprechen den Völkern Sicherheit mit dem sogenannten „Gleichgewicht des Schreckens“, Politiker verharmlosen die Folgen von Atomschlägen. Doch zunehmend regen sich Zweifel an der „Logik der Abschreckung“ durch immer mehr und immer gefährlichere Waffen. Nobelpreisträger, Wissenschaftler, Ärzte, Schriftsteller melden sich zu Wort. Es wächst die Gewissheit, dass in einem Krieg mit atomaren Waffen die Existenz der gesamten Menschheit bedroht ist. Dieses Erkenntnis mobilisiert weltweit Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft, darunter viele Frauen. Es entstehen Bewegungen für den Frieden, die über die Blockgrenzen hinweg miteinander kooperieren.

»... dass uns nur noch helfen und retten kann,
was eigentlich nicht geht,
was wir eigentlich nicht mehr für möglich halten.«

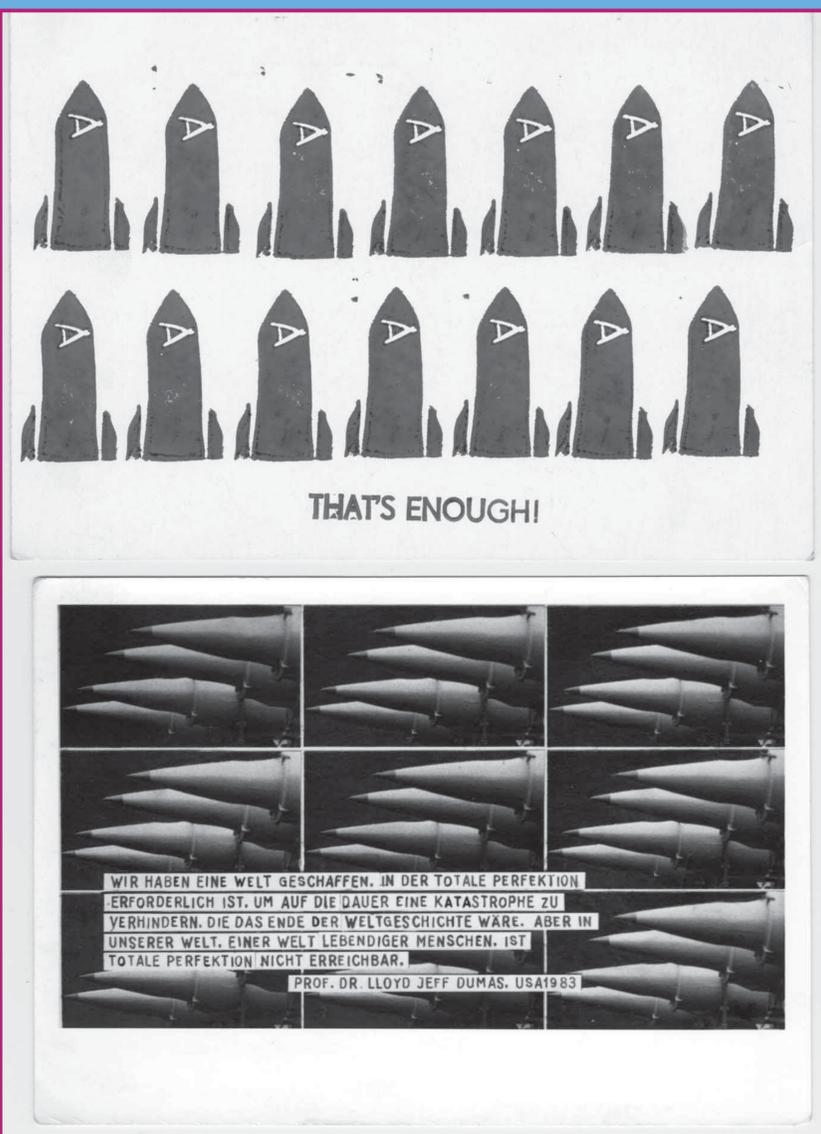
Christa Wolf, 1981
Berliner Begegnung zur Friedensförderung,
ein deutsch-deutsches Schriftstellertreffen

Bücher wie dieses erscheinen ausschließlich im Westen. Für die Frauen in der DDR sind sie wichtige Informationsquellen und wertvolle Inspiration für ihr Handeln. Illegal gelangen sie über die Grenze, z. B. im Kofferraum von Korrespondenten, Diplomaten oder Bundstagsabgeordneten, die nicht kontrolliert werden.



Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

Das „Gleichgewicht des Schreckens“ kann sehr schnell kippen. Plakat mit der Mahnung eines Wissenschaftlers aus den USA



Robert-Havemann-Gesellschaft

Mit einer Frauenkette zwischen den Generalkonsulaten der USA und der Sowjetunion demonstrieren Westberliner Frauen am 8. März 1983 für weltweite Abrüstung.



Marianne Göse

Friedenswerkstatt 1983. Ostberliner Frauen können nur die eingeschränkte Öffentlichkeit der Kirchen für ihren Protest nutzen. Sie zeigen ein Plakat von Käthe Kollwitz, entstanden 1924 zum 10. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs.



Robert-Havemann-Gesellschaft

OHNMACHT

überwinden



Robert-Havemann-Gesellschaft

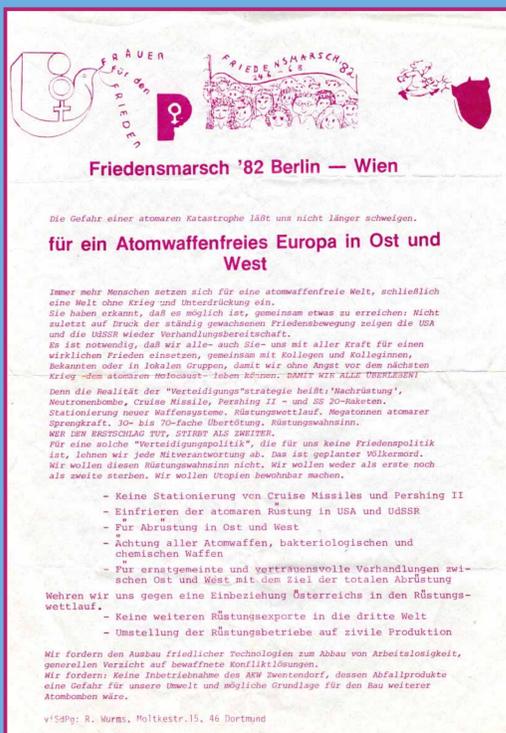
Opfer der Rüstung gibt es nicht erst, wenn Krieg geführt wird. Auf der Friedenswerkstatt 1983 zeigt die Ostberliner Gruppe Frauen für den Frieden diese Landkarte. DDR und Bundesrepublik sind als eine ungeteilte Fläche dargestellt, auf der die Rüstungsausgaben dringend notwendigen Mitteln für soziale Aufgaben gegenübergestellt werden.

»Die Probleme sind zu groß, zu umfassend, es ist so entmutigend, nichts unternemen zu können, dass man sich lieber gar nicht erst damit befasst. Damit können wir uns nicht abfinden.« Frauen für den Frieden, Halle/Saale

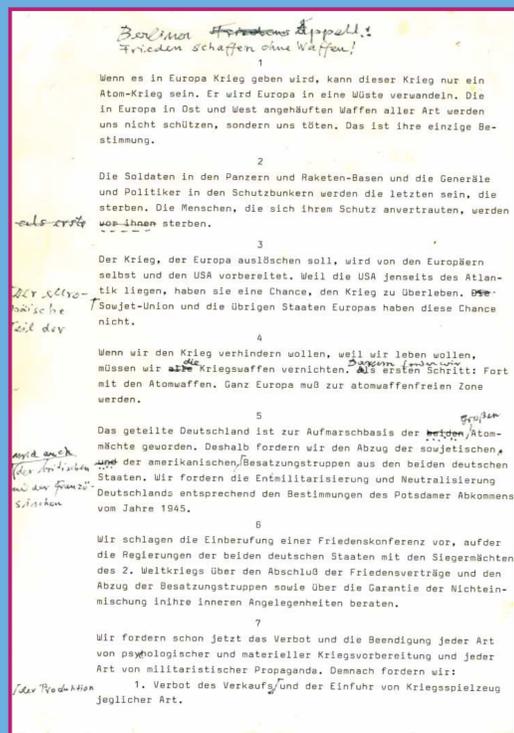
Der Kalte Krieg beherrscht seit Jahrzehnten auch die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Von Entspannung wird geredet und über Abrüstung verhandelt, dabei aber die Rüstungsspirale unablässig weitergedreht – ein Teufelskreis.

Die Partei- und Staatsführung der DDR gebärdet sich nach außen als Friedensstaat, während nach innen ein immer strengeres Regime errichtet wird. Eine Folge ist die Militarisierung des gesamten Alltags vom Kindergarten über die Schulen und Universitäten bis in die volkseigenen Betriebe. Die Gefahr eines mit atomaren Waffen geführten Krieges wird verharmlost: Atomraketen im Dienste des Sozialismus seien Friedenswerkzeuge.

Dagegen regt sich, inspiriert durch das Wachsen der Friedensbewegung im Westen, in der DDR zunehmend Widerspruch. Es entsteht auch hier eine Friedensbewegung, in der Frauen eine wesentliche Rolle spielen, sich in Gruppen zusammenfinden, um politisch zu handeln und den Kreis der Gewalt zu durchbrechen.



Robert-Havemann-Gesellschaft



Robert-Havemann-Gesellschaft

Flugblatt der Westberliner Frauen für den Frieden. Der Frauen-Friedensmarsch soll auch durch die DDR führen. Doch die vielfachen Bemühungen scheitern am Widerstand der Behörden in der DDR und an Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen.

Textentwurf für den „Berliner Appell“ mit handschriftlichen Anmerkungen von Robert Havemann, der zusammen mit dem Pfarrer Rainer Eppelmann 1982 den Aufruf „Frieden schaffen ohne Waffen“ initiiert. Auch einige Gründerinnen der Ostberliner Initiative Frauen für den Frieden unterschreiben den Aufruf.



Robert-Havemann-Gesellschaft/Ann-Christine Jansson

„Brot und Rosen statt Hunger und Waffen“ fordern die Westberliner Frauen für den Frieden 1984.



Robert-Havemann-Gesellschaft

Der Informationsstand der Ostberliner Frauen für den Frieden auf der 2. Friedenswerkstatt im Juli 1983 in der Erlöserkirche zieht zahlreiche Interessierte an.



Robert-Havemann-Gesellschaft/Manfred R. Böttcher/Peter Eisenfeld

Bombe bleibt Bombe. Dieses Plakat von Manfred Richard Böttcher entlarvt den Unsinn der DDR-Propaganda von den Atomwaffen im Dienste des Friedens. Entstanden ist es 1983 nach einer Idee von Peter Eisenfeld, der sich in der Friedensbewegung in Dresden engagiert.

FRAUEN-Ihr seid für den KRIEGSDIENST eingeplant!

Laut Wehrdienstgesetz vom 25. März 1982 gilt:

§ 3 Abs. 5 Pflicht zum Wehrdienst

"Während der Mobilmachung und im Verteidigungszustand können weibliche Bürger der DDR von 18. Lebensjahr an bis zum 31. Dezember des Jahres, in dem sie das 50. Lebensjahr vollenden, in die allgemeine Wehrpflicht einbezogen werden. Das gilt für die Vorbereitung der Mobilmachung und des Verteidigungszustandes entsprechend, soweit dazu in diesem Gesetz etwas festgelegt ist."

§ 6 Abs. 3 Erfassung

"Zur Vorbereitung auf die Mobilmachung und den Verteidigungszustand können auch weibliche Bürger jederzeit erfasst werden."

§ 12 Abs. 4 Einberufung zum Wehrdienst

"Für die Einberufung während der Mobilmachung können Wehrpflichtige nach § 3 Absatz 3 und 4 jederzeit einen Einberufungsbefehl erhalten. Das gilt auch für weibliche Bürger, deren Einberufung während der Mobilmachung vorgesehen ist, entsprechend."

§ 10 Abs. 2 Wehrdokumentation

"Für weibliche Bürger, die nach § 12 Abs. 4 einen Einberufungsbefehl erhalten, gilt Abs. 1 entsprechend. (Abs. 1: Die Wehrpflichtigen erhalten bei der Musterung oder zu einem anderen von den Wehrkreis-Kommandos festzulegenden Zeitpunkt Wehrdienstausweise.)"

§ 11 Abs. 2 Einberufungsüberprüfung und Feststellung der Diensttauglichkeit

"Soweit das erforderlich ist, den Gesundheitszustand von weiblichen Bürgern festzustellen, die nach § 12 Abs. 4 einen Einberufungsbefehl erhalten sollen bzw. haben, und eine solche Feststellung anders nicht möglich ist, kann für sie von den Wehrkreis-Kommandos das Erreichen zur Feststellung der Diensttauglichkeit nach Abs. 1 angeordnet werden."

§ 43 Abs. 1 u. 2 Strafbestimmungen

"Wer vorsätzlich
1. dem Einberufungsbefehl zur Ableistung des Wehrdienstes nicht oder nicht pünktlich Folge leistet,
2. dem Einberufungsbefehl nicht annimmt und Dadurch den Wehrdienst nicht oder nicht pünktlich antritt oder
3. sich dem Dienstantritt zur Ableistung des Wehrdienstes entzieht oder andere Handlungen begeht, um seine Einberufung zu verhindern, oder an solchen Handlungen mitwirkt,
wird mit Freiheitsstrafe bis fünf Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung oder mit Geldstrafe bestraft.
Wer die Tat während der Mobilmachung oder im Verteidigungszustand begeht, wird mit einer Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft."

Robert-Havemann-Gesellschaft

Ausstellungstafel der Berliner Frauen für den Frieden. Da sie von den offiziellen Medien ausgeschlossen sind, müssen die Frauen andere Wege finden, um sich Gehör zu verschaffen.

Sieben Frauen treffen sich im Oktober 1982 bei der Malerin Bärbel Bohley in Ost-Berlin, um gemeinsam einen Protestbrief gegen das im März verabschiedete neue Wehrdienstgesetz zu formulieren. Einige von ihnen haben bereits mit persönlichen Eingaben erfolglos dagegen protestiert. Seit Jahren erleben die Frauen die zunehmende Militarisierung ihres Lebens im sozialistischen Alltag. Nun sollen auch noch die Frauen wehrpflichtig werden. Als der Text der Eingabe formuliert ist, sucht jede in ihrem Umfeld weitere Unterstützerinnen. Mit Namen und Adresse aus der schweigenden Mehrheit hervorzutreten will gut überlegt sein. Aber überraschend viele Frauen sind bereit dazu. Insgesamt 150 aus Berlin, Halle und Dresden unterschreiben den Protest.

Von den Sicherheitsorganen als „negativ-feindliche Personen“ bezeichnet, setzt eine Welle von Repressionen gegen die Unterzeichnerinnen der Eingabe ein. Nur wenige lassen sich einschüchtern. Die anderen schließen sich als Frauen für den Frieden in Gruppen zusammen.

Privatbesitz: Inema Kuhnitz



„Schweigen“. Radierung der Malerin und Grafikerin Bärbel Bohley, einer der Gründerinnen der Berliner Initiative Frauen für den Frieden, 1985



Robert-Havemann-Gesellschaft

Die Militarisierung im Alltag: eine Schaufensterpuppe im Schutzanzug der Zivilverteidigung unter einer Losung aus der sozialistischen Sportbewegung. Dieses Arrangement wird in den 1980er Jahren auf einer Protestpostkarte als bittere Satire verwendet.

»Meine Herren, Sie müssen in Ihrer Armee auf mich verzichten!«

Heidi Bohley
Brief an das Zentralkomitee der SED am 10. April 1982

„Wir fordern Recht auf Verweigerung“

DDR-Frauen protestieren gegen das neue Wehrdienstgesetz

In einem Brief an Erich Honecker haben DDR-Bürgerinnen im Oktober gegen das Wehrdienstgesetz vom März dieses Jahres protestiert. Nach diesem Gesetz können im Ernstfall auch Frauen im Alter zwischen 18 und 50 Jahren „in die allgemeine Wehrpflicht einbezogen werden“. Die Eingabe an den Staatsratsvorsitzenden wurde inzwischen von mehreren hundert Frauen unterschrieben. Eine Antwort steht aus. Zwei Unterschriften wurden vorübergehend festgenommen. Die Grünen wollen den Brief in der Bundesrepublik veröffentlichen.

Gedhrter Herr Staatsratsvorsitzender!

In diesem Brief möchten wir Ihnen einige Gedanken vorlegen, die uns seit der Verabschiedung des neuen Wehrdienstgesetzes vom 25. 3. 1982 in Bezug auf die Wehrpflicht von Frauen bewegen. Wir sind Frauen mit und ohne Kinder, katholisch, evangelisch oder nicht kirchlich gebunden, einige von uns haben einen Krieg erlebt, anderen ist diese böse Erfahrung erspart geblieben, aber eines verbindet uns, daß wir nicht gleichgültig sind und nicht unsere schweigende Zustimmung zu einem Gesetz geben wollen, das den Frauen ganz neue Pflichten auferlegt, die nicht mit unserem Selbstverständnis zu vereinbaren sind.

Wir Frauen wollen den Kreis der Gewalt durchbrechen und alles Formen der Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung unsere Teilnahme entziehen.

Wir Frauen sehen den Armeedienst für Frauen nicht als Ausdruck ihrer Gleichberechtigung, sondern als einen Widerspruch zu ihrem Frau-Sein. Wir sehen unsere Gleichberechtigung dem Mann gegenüber nicht darin, daß wir neben dem Mann stehen, die die Waffen in die Hand nehmen, sondern neben denen, die wie wir erkannt haben, daß die Abstraktionen „Feind“ und „Gegner“ eigentlich Menschenverachtung bedeuten, die wir ablehnen.

Wir Frauen verstehen die Bereitschaft zum Wehrdienst als eine Drohgebärde, die dem Streben nach moralischer und militärischer Abrüstung entgegensteht und die Stimme der menschlichen Vernunft im militärischen Gehörsum untergehen läßt.

Wir Frauen fühlen uns besonders dazu berufen, das Leben zu schützen, die alten, kranken und schwachen Menschen zu unterstützen. Gegen den Krieg und für den Frieden tätig zu sein kann nur im sozialen und erzieherischen Bereich geschehen,

wenn wir nicht vor der künftigen Generation versagen wollen.

Wir Frauen wehren uns dagegen, daß wir eines Tages in den Reihen der NVA stehen und ein Land verteidigen sollen, das unbewohnbar sein wird, selbst nach einem konventionellen Krieg, der in Europa wahrscheinlich in einer nuklearen Katastrophe enden würde.

Wir Frauen glauben, daß die Menschheit heute an einem Abgrund steht und daß die Anbahnung von weiteren Waffen mit zu einer weltumspannenden Katastrophe führt. Dieser schreckliche Untergang kann verhindert werden, wenn alle Fragen, die sich aus dieser Tatsache ergeben, öffentlich diskutiert werden.

Laut Art. 65, Abs. 3 der Verfassung der DDR sind Einwände grundlegender Gesetzgebung bei der endgültigen Fassung auszuwerten. Unserer Meinung nach handelt es sich um ein grundlegendes Gesetz auf Grund seiner Thematik und nicht zuletzt deshalb, weil die Hälfte der Bevölkerung der DDR unmittelbar betroffen ist.

Wir Frauen erklären uns nicht dazu bereit, in die allgemeine Wehrpflicht

einbezogen zu werden, und fordern eine gesetzlich verankerte Möglichkeit der Verweigerung. Das Recht der Verweigerung ist notwendig, weil sich durch Erlass dieses Gesetzes die Frauen die Pflicht zu einem allgemeinen Wehrdienst auferlegt, eine Einschränkung unserer Gewissensfreiheit ergibt.

Da zu diesem Gesetz keine öffentlichen Diskussionen möglich waren, haben einige von uns diese auf dem Weg der Eingabe erbeten, andere hoffen, sich an den daraus ergebenden Gesprächen beteiligen zu können. Leider sind diese Erwartungen enttäuscht worden, denn es fand sich niemand bereit, ein Gespräch über die uns so dringend beschäftigenden Fragen zu beginnen.

Die Räte, die das Akademienmitglied Prof. Arbatow auf dem Friedenskongreß der Wehrreligionen in Moskau gehalten hat, ermutigte uns, uns noch einmal mit unseren Fragen an Sie zu wenden. Wir sprechen die Bitte aus, daß auch die für dieses neue Wehrdienstgesetz Verantwortlichen die Bereitschaft aufbringen, ein offenes Gespräch zu führen. Sicher ist Ihnen diese Rede bekannt, trotzdem möchten wir einige Sätze zitieren.

Prof. Arbatow geht u. a. auf die psychologischen und moralischen Verbindungen des Wehrdienstes ein und erwähnt dabei den Mythos, daß die Anhäufung von Waffen und Streitkräften zur Sicherheit beitragen würde.

„Alle diese Mythen fördern das Wehrtrium. Man versucht, sie heute in die Form komplizierter Auffassungen und Rätsel zu hüllen, indem man eine für den Laien unverständliche Terminologie gebraucht. Ich schlicke nicht aus, daß das speziell gemacht wird, um sich von „Lösungswächtern“, von „Männern auf der Straße“ zu distanzieren. Man sagt sogar manchmal, man solle diesen Mann nicht zu Fragen der Kernwaffen, zu Problemen von Krieg und Frieden heranziehen, denn er werde alles durcheinanderbringen und schaden. Aber meiner Meinung nach ist das der größte, gefährlichste und schädlichste Mythos... Dieses Problem soll mit aktiver Teilnahme aller gelöst werden... wenn sie den Menschen und nicht den Waffen dienen wollen.“

Ein besseres Plädoyer für die Notwendigkeit unserer Eingabe hätten wir nicht finden können.

Wir bitten Sie, uns die Möglichkeit für ein offenes Gespräch zu geben.



DDR-Soldatin* „Widersinn vom Frau-Sein“

SPIEGEL 49/1982; Foto: Wolfram Venohr

Broschüre der westdeutschen Friedensfrauen. Politische Bücher und Zeitungen aus dem Westen sind in der DDR verboten. Einzelne Korrespondenten, Diplomaten und Journalisten, die an der Grenze nicht kontrolliert werden, schleusen sie dennoch ins Land, wo sie dringend in der Friedensbewegung benötigt werden.

Initiative

Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen NEIN!

Argumente Pro und Contra

Zur Langzeitplanung der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums im Sommer '82

Preis 2,-

Initiative „Frauen in die Bundeswehr“ - Wir sagen NEIN! / Mechtild Jansen

Abdruck der Frauen-Eingabe zum Wehrdienstgesetz im westdeutschen Magazin Der Spiegel. Öffentliche Kritik wird in der DDR mit allen Mitteln unterdrückt. Den Protest im Westen bekannt zu machen wird von den Herrschenden als Kampfansage begriffen.

102891

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Berlin, den 11. November 1982

Vorsitzende Verweigerungsgruppe
VVS-6608
MIS-Nr. 187/82
29. Ausf. Bl. 1 bis 11
an Bl. 1/2 u. 3

Dienststellenleiter
BOHLEY, Bärbel
HAVEMANN, Annedore
POPPE, Ulrike
wh. Berlin

Eingaben organisiert und aktiv entwickelt haben, die sich gegen das Wehrdienstgesetz vom 25. 3. 1982 richten. Insbesondere wird die Tatsache angegriffen, daß Frauen zum Wehrdienst einbezogen werden können.

Die vorgenannten Personennamen entwickelt, Frauen aus den verschiedensten Bevölkerungskreisen zu Diskussionen über das Wehrdienstgesetz zu bewegen, sie zu Zusammenkünften einzuladen, Diskussionen über das Wehrdienstgesetz zu führen und sie zu Unterschriften für Eingaben an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR zu gewinnen.

Vorliegende Oberprüfungsergebnisse haben ergeben, daß sich darunter junge weibliche Personen befinden, die zum Teil Verbindungen zu kirchlichen Kreisen unterhalten, freischaffend sind, keinen gesellschaftlichen Organisationen angehören bzw. nicht in das gesellschaftspolitische Leben einbezogen sind. Diese Tatsache wird von diesen negativ-feindlichen Personen bei der Gewinnung und Einleitung dieser weiblichen Personen ausgenutzt.

Die Bärbel BOHLEY hat ihrer Eingabe vom 12. 10. 1982 an den Vorsitzenden des Staatsrates Listen mit Unterschriften von Bürgern der DDR beigelegt (siehe Anlage).

Kurz nach Absenden der Eingabe gegen das Wehrdienstgesetz berichtet das Ministerium für Staatssicherheit über die Initiatorinnen und ihren Protest.

GEWALTFREI

einmischen



Die Rüstungsspirale ohne Gewalt zu stoppen ist das erklärte Ziel der Frauen für den Frieden. Karte der Hallenser Frauen an Ulrike Poppe von den Ostberliner Frauen für den Frieden.

Robert-Havemann-Gesellschaft

Die repressive Antwort des SED-Regimes auf den Protestbrief an Honecker lässt die Frauen zusammenrücken und gemeinsam überlegen, wie sie trotzdem weiter gegen Militarisierung und für Abrüstung eintreten können.

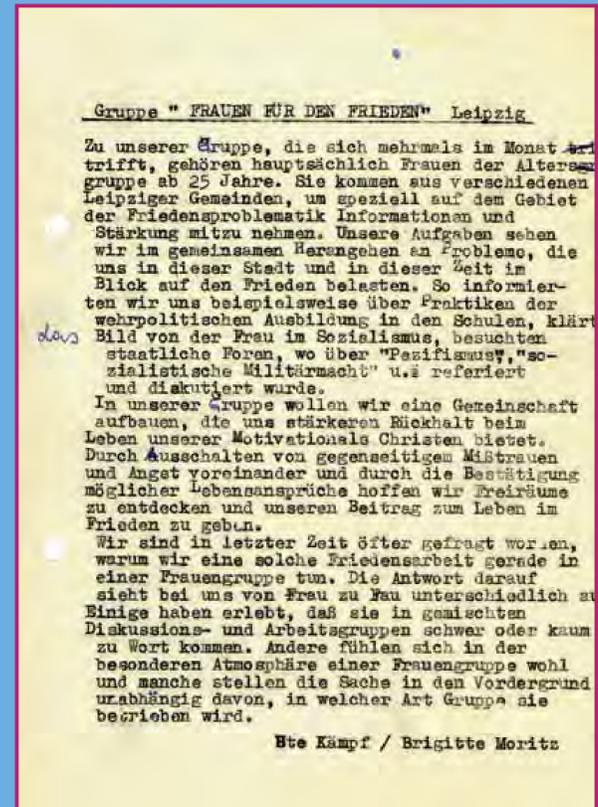
In Berlin, Halle, Dresden, Eisenach, Weimar, Leipzig und Magdeburg entstehen 1982/83 Frauengruppen, die sich in ihrem Selbstverständnis deutlich unterscheiden. So versteht sich die Ostberliner Initiativgruppe als unabhängig von der Kirche, andere agieren als christliche Frauengruppen. In ihrem Engagement jedoch unterscheiden sie sich nicht: Sie mischen sich ein und sie wollen aufklären.

Gesucht wird von Beginn an auch der Kontakt zu den Friedensinitiativen, die seit Ende der 1970er Jahre unter dem Dach der evangelischen Kirchen entstanden sind. Beim ersten Friedensseminar „Konkret für den Frieden“ im März 1983 in der Berliner Christuskirche sind die Frauengruppen aus Berlin und Halle bereits als eigenständige Basisgruppen vertreten.

»Nicht allgemeines Unbehagen über die politische Situation in der Welt oder diffuse Angstgefühle bewegen uns zum Handeln: Vielmehr ist es die Tatsache, dass militärische Gewalt zur Lösung politischer Konflikte endgültig untauglich geworden ist ...«

Katja Havemann
Stern, 6. Januar 1983

Auch in Leipzig entsteht 1983 eine Frauengruppe. Der solidarische Austausch der Frauengruppen untereinander ist von Beginn an eine Grundvoraussetzung für die starke Wirkung des Frauenwiderstandes.



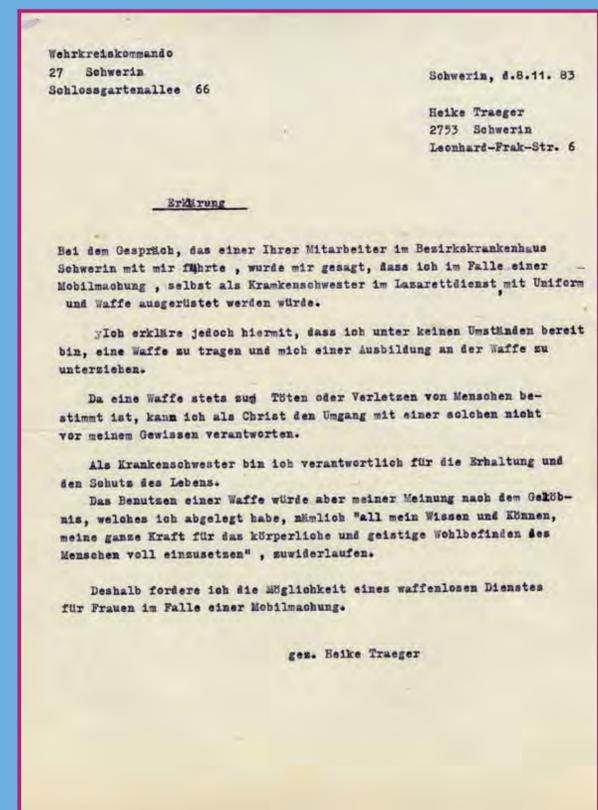
Robert-Havemann-Gesellschaft



Christine Günther

Fasten für das Leben am 6. und 7. August 1983 in der Marktkirche in Halle. Gewaltfreie Aktionen sind seit ihrem Entstehen Programm der DDR-Friedensbewegung. Beteiligt sind auch Hallenser Frauen für den Frieden.

In Mecklenburg sind Frauen, vor allem Krankenschwestern, bereits zum Wehrkreiskommando bestellt worden, um sie zu mustern und ihnen Wehrpässe auszuhändigen. Gestärkt durch DDR-weite Proteste, wächst der Widerstand dagegen. Daraufhin geben die Verantwortlichen diese Praxis wieder auf.



Robert-Havemann-Gesellschaft

VERBÜNDETE

finden



Der Stand der Frauen für den Frieden im Rahmen der seit 1982 jährlich stattfindenden Friedenswerkstatt auf dem Gelände der Ostberliner Erlöserkirche ist ein Anziehungspunkt für die Besucher. Auf Tüchern und Schautafeln präsentieren die Frauen ihre Anliegen.

Robert-Havemann-Gesellschaft

Freiräume und Verbündete zu finden ist in der DDR der 1980er Jahre ein Unterfangen mit Hindernissen. Die offiziellen Medien stehen dafür nicht zur Verfügung und das Reisen, vor allem Richtung Westen, ist so gut wie unmöglich.

Raum für ihre Arbeit finden die Frauen unter dem Dach der Evangelischen Kirche. Der Austausch mit anderen Friedensgruppen ist all die Jahre von großer Bedeutung. Die jährlich in Ost-Berlin stattfindenden Friedenswerkstätten bieten dafür eine besonders gute Gelegenheit. Die Initiativegruppe Frauen für den Frieden beteiligt sich daran erstmals im Sommer 1983 und präsentiert anschaulich ihre Anliegen. Ein Adressenkasten lädt zur Mitarbeit ein, fast hundert Interessentinnen bekunden ihre Bereitschaft. Friedensfrauen aus dem Westen suchen den Kontakt zu den Frauen aus der DDR. Es gibt erste Treffen mit englischen, niederländischen und westdeutschen Frauen für den Frieden. Diese können zwar die Grenze passieren, aber nur solange ihr Reiseziel unerkannt bleibt. Auf Besuche bei Oppositionellen oder Teilnahme an deren Veranstaltungen folgen Einreisesperren. Trotz aller Behinderungen reißen die zahlreichen Kontakte über die Mauer hinweg nie ab, werden gemeinsame Aktionen geplant und Informationen ausgetauscht.

»Abrüstung im Westen und im Osten muss von der gesellschaftlichen Basis, von unten, kommen, das heißt, wir müssen untereinander loyal sein und nicht den Militärblöcken gegenüber.«

Petra Kelly

Rede auf dem zweiten Forum der Krefelder Initiative am 21. November 1981 in Dortmund



Erstmals beteiligen sich die Ostberliner Frauen für den Frieden am 3. Juli 1983 mit einem eigenen Stand an der Friedenswerkstatt, die rund um die Erlöserkirche in Rummelsburg stattfindet.

Robert-Havemann-Gesellschaft



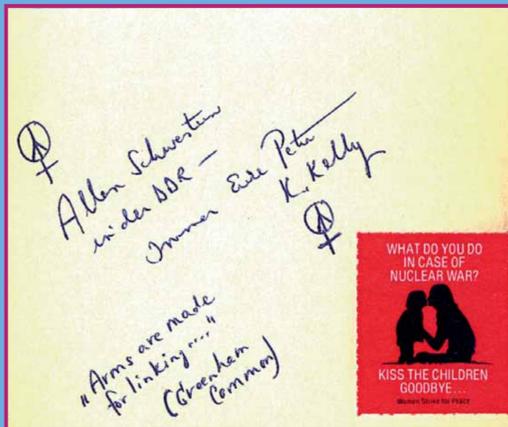
Zu Gast am Frauenstand auf der Friedenswerkstatt 1984 ist eine der englischen Friedensfrauen aus Greenham Common. Sie berichtet von der Belagerung des Atomwaffenstützpunktes durch ein Protestcamp.

Robert-Havemann-Gesellschaft



Eva Quistorp

Frauenfriedensmarsch in Ramstein, 8. Oktober 1981. Eva Quistorp, Mitbegründerin der Frauen für den Frieden in West-Berlin, ist in den 1980er Jahren nach Treffen mit Oppositionellen in der DDR wie viele ihrer politischen Freunde im Westen von Einreisesperren betroffen.



Robert-Havemann-Gesellschaft

Widmung in dem Buch „Geschichten von Frauen und Frieden“. Von besonderer Bedeutung sind über Jahre die Verbindungen zu Petra Kelly, die als grüne Bundestagsabgeordnete Koffer voller Bücher und Zeitschriften über die Grenze bringt.



Mit einem eigenen Stand ist auch die Gruppe Lesben in der Kirche der Gethsemanengemeinde Ost-Berlin auf den Friedenswerkstätten vertreten, hier 1983.

Robert-Havemann-Gesellschaft/Batima Dügge

GEFOLGSCHAFT

verweigern



Am 1. September 1983, dem Weltfriedenstag, bilden Vertreter der unabhängigen Friedensbewegung eine Menschenkette zwischen der amerikanischen und sowjetischen Botschaft in Berlin, darunter auch Frauen für den Frieden.

Robert-Havemann-Gesellschaft

Im Jahr 1983 schlugen die Wellen des Protestes gegen die Aufrüstung in Ost und West hoch. Friedensfrauen sind beteiligt an verschiedenen Aktionen der unabhängigen Friedensbewegung der DDR wie der Menschenkette am Weltfriedenstag zwischen den Botschaften der USA und der Sowjetunion in Ost-Berlin. Zu einer ersten eigenständigen Veranstaltung laden die Ostberliner Frauen für den Frieden am 17. September in die Auferstehungskirche in Berlin-Friedrichshain ein. Es kommen annähernd 500 Interessierte. Sie verabschiedeten ein Solidaritätsschreiben an die Teilnehmerinnen des Friedensmarsches zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen.

Eine der spektakulärsten Aktionen der Ostberliner Friedensfrauen ist die „Aktion in Schwarz“. In der Mehrzahl schwarz gekleidet, protestieren die Ostberlinerinnen am 17. Oktober 1983 im Hauptpostamt am Alexanderplatz. Jede der Frauen hat einen Briefumschlag dabei, etliche als Zeichen des Protestes mit Trauerrand, darin ihre persönliche Verweigerung des Armeedienstes. Es gibt eine Reihe von Festnahmen mit anschließenden Verhören durch die zahlreich anwesenden Sicherheitskräfte.

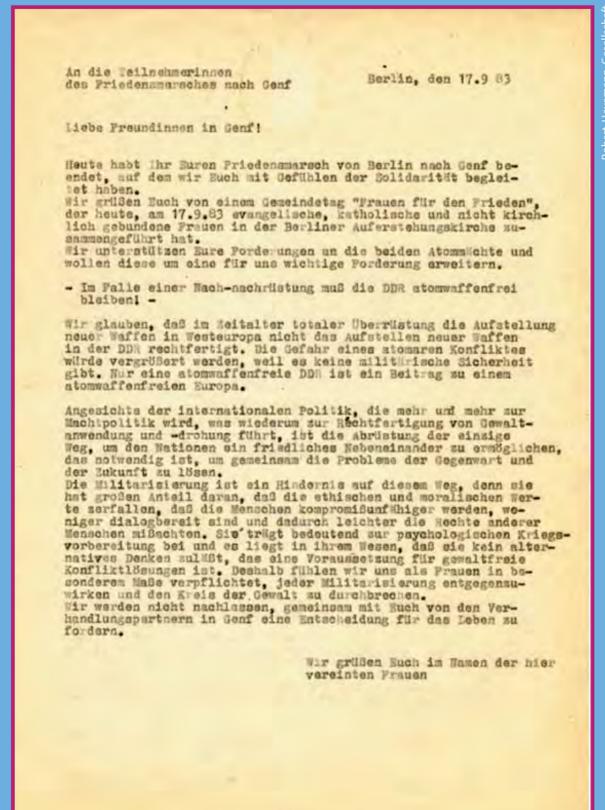
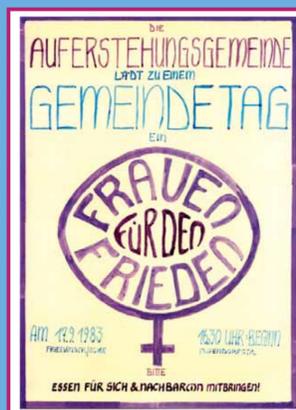
BSU_MIS_HA_XXF7106_Bild_39



Polizei und Sicherheitskräfte sind umgehend zur Stelle, um die Menschenkette zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin aufzulösen. Alle Teilnehmenden werden festgenommen. Die Stasi macht Fotos, die sie später zur Identifizierung nutzt.

Veranstaltung der Frauen für den Frieden am 17. September 1983. Verabschiedet wird ein Brief an die Teilnehmerinnen des Friedensmarsches zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen. Die Ostberliner Frauen können selbst nicht dabei sein. Die rigiden Reisebestimmungen hindern sie daran.

Robert-Havemann-Gesellschaft/Catrin Biele-Gierke



Robert-Havemann-Gesellschaft

»Im Schatten der Atombombe hat sich mehr und mehr gezeigt, dass alle Menschen Brüder (und Schwestern) sind.«

Albert Einstein
Motto des Gemeindetages der Frauen für den Frieden im September 1983, Auferstehungskirche, Ost-Berlin

Robert-Havemann-Gesellschaft

MAHNGANG für den FRIEDEN

*Brot und Rosen für diese Welt
Für die Rüstung geben wir kein Geld
Doch wir geben all unsere Kraft
bass der Friede wird zur Macht!*

Am Frauenwiderstandstag rufen wir Euch Frauen zu einem Mahngang auf den Kurfürstendamm. Wir wollen mit dieser Aktion an den wöchentlichen Mahngang der argentinischen Mütter auf der Plaza de Mayo anknüpfen, mit deren Protest wir uns bereits zum "Muttertag" in diesem Jahr vor dem Schöneberger Rathaus solidarisiert haben. Wie sie wollen wir unsere Angst und unsere Entrüstung darüber ausdrücken, wie Politiker unsere elementaren Lebensinteressen missachten. Mit Euch gemeinsam wollen wir unseren unbedingten Entschluß, uns zu wehren, Ausdruck verleihen. Laßt uns unseren entschiedenen Widerstand gegen die wahnwitzige Rüstungspolitik in einem eindrucksvollen Mahngang unübersehbar deutlich machen.

WIR VERWANDELN UNSERE ANGST IN STÄRKE
Laßt uns **NEIN** sagen zu den vorhandenen und geplanten Massenvernichtungswaffen!

WIR WEHREN UNS GEGEN DIE ALLGEMEINE MILITARISIERUNG UNSERER GESELLSCHAFT
Laßt uns **NEIN** sagen zur Einbeziehung der Frauen in den Militärdienst und den sogenannten Katastrophenschutz!

WIR WOLLEN ENERGIE, TECHNIK UND WISSEN FÜR DIE RETTUNG UNSERER BEDROHTEN ERDE - FÜR DAS LEBEN - EINSETZEN
Laßt uns **NEIN** sagen zu den Rüstungsmilliarden!

Laßt uns zum Zeichen der Trauer und des Widerstandes Schwarz und Lila anziehen und uns damit dem bundesweiten Aufruf der Frauen anschließen, den ganzen Tag über schwarze Kleider zu tragen. Kommt, und drückt Euren Zorn, Eure Hoffnung und Eure politischen Forderungen auf Plakaten und Transparenten aus.

Bitte wenden →

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF, IHRE ZUSTIMMUNG ZUM NATO-DOPPELBESCHLUß VOM 12. 12. 79 ZURÜCKZUNEHMEN

FRAUENWIDERSTAND am 17. 10.
V. i. S. d. P. Regina Wegener, Keilowat, 24.39 Kyllmanstr. 1E

Ulrike Poppe
1055 Berlin
Rykestr. 28
Berlin, d. 17.10.1983

An das
Wehrbezirkskommando Berlin
108 Berlin
Gensow-Scholl-Str. 8

Betrifft: Erfassung von Frauen zum Wehrdienst

Ich habe erfahren, daß in einigen Städten der DDR Frauen zum Wehrbezirkskommando vorgeladen wurden um ihre Daten für einen Wehrpaß zu erfassen. Das beweist, daß Sie tatsächlich vorhaben, Frauen zum aktiven Wehrdienst zu verpflichten, wie es ja schon im Wehrdienstgesetz vom 25.1.82 festgelegt ist. Unabhängig davon, für welche Dienste diese Frauen vorgesehen sind - ihre Unterordnung unter militärische Befehlsstrukturen bedeutet eine zunehmende Militarisierung, die nach außen Mittrauen verstärkt, und nach innen unsere Freiheit einschränkt.

Doch nur das Durchbrechen des Kreislaufes gegenseitiger Gewaltandrohung ist ein Weg Bedingungen für eine schrittweise Abrüstung zu schaffen.

Aus diesen Gründen gebe ich Ihnen hiermit zur Kenntnis, daß ich mich der Erfassung für jegliche Art von Wehrdienst verweigere!

Robert-Havemann-Gesellschaft

Protest der Ostberliner Frauengruppe auf einem Schießplatz in Mecklenburg im Sommer 1983



Robert-Havemann-Gesellschaft/Irena Kuhnitz

Widerstandstag der Frauen am 17. Oktober 1983 während der Aktionswoche der europäischen Friedensbewegung gegen die Nachrüstung. In West-Berlin treten die Frauen zu einem Mahngang in Schwarz über den Kurfürstendamm an. In Ost-Berlin geben die Frauen ihre Wehrdienstverweigerung in schwarzer Kleidung auf dem Hauptpostamt ab.

AUFRÜSTUNG

stoppen



Es gibt viele Dinge, die man
bauen muß Atomraketen
gehören nicht dazu.

Robert-Havemann-Gesellschaft

Die Friedensfrauen sammeln in der DDR Kinderfotos und beschriften sie mit ihren Forderungen.

Die Umsetzung des Nato-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 mit der angekündigten Modernisierung US-amerikanischer Atomwaffen in Westeuropa scheint 1983 kaum mehr abwendbar. Mit vielfältigen Aktionen haben die Menschen in Westeuropa gegen die weitere Eskalation der Aufrüstung protestiert. Die Genfer Abrüstungsverhandlungen der Supermächte sind gescheitert.

Einen letzten Versuch, die politisch Verantwortlichen zu einem Nein zu bewegen, unternehmen die Friedensfrauen in der DDR gemeinsam mit den Abgeordneten der Grünen, die erstmals als neue politische Kraft im Bundestag vertreten sind. Für die Nachrüstungsdebatte im Bundestag im November 1983 sammeln die Frauen in der DDR etwa 200 Kinderfotos, beschriften diese mit ihren Forderungen und lassen sie an die Abgeordneten der christlich-liberalen Regierungskoalition verteilen. Ein Telegramm an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages begleitet diese Aktion. Der Widerstand der Friedensbewegungen bleibt erfolglos, im Westen wie im Osten wird die neue Generation von Atomraketen aufgestellt.



Bundesregierung/Ludwig Wegmann

Protestdemonstration vor dem Bundestag in Bonn am 22. November 1983. Dessen ungeachtet beschließen die Abgeordneten das Aufstellen einer neuen Generation von Atomraketen.

„Stimmen Sie gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, damit wir nicht gemeinsam untergehen.“ Telegramm aus Ost-Berlin an den Bundestag in Bonn vom 22. November 1983

An die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in Bonn

Werte Abgeordnete des Deutschen Bundestages!

Sie stimmen im Bundestag über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Ihrem Land ab. Wir Frauen in der DDR treten entschieden für Abrüstung in Ost und West, für ein atomwaffenfreies Europa und für das Abschließen der militärischen Machtblöcke in Europa ein. Nur in diesen Bestrebungen erkennen wir einen Weg zur Verhinderung der drohenden nuklearen Katastrophe. Dieser Weg wird heute durch Sie entweder entscheidend gefördert oder aber gefährdet, wenn nicht gar sunichte gemacht. Das Ergebnis Ihrer Abstimmung wird unmittelbare Folgen auf das Verhältnis unserer Länder haben. Die Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses würde nicht nur eine neue politische Eiszeit auslösen, sondern auch unsere Hoffnungen auf die Entwicklung des inneren Friedens in der DDR tief erschüttern. Alle Waffen in Ost und West sind auf uns und unsere Kinder gerichtet. Wir werden die Opfer in einem neuen Krieg sein. Stimmen Sie gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, damit wir nicht gemeinsam untergehen.

Aktion "Frauen für den Frieden"
DDR

zum 22.11.1983

»Die Realisierung des Nato-Doppelbeschlusses würde nicht nur eine neue politische Eiszeit auslösen, sondern auch unsere Hoffnungen auf die Entwicklung des inneren Friedens in der DDR tief erschüttern.«

Aktion „Frauen für den Frieden“ – DDR
Telegramm an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages



ANNA-LUISE OFFNER, geb. 6.10.1978
THAERSTR. 16
DDR-1034 BERLIN

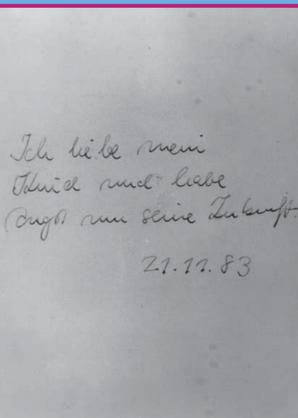
ICH ALS MUTTER TRAGE VERANTWORTUNG
FÜR MEINE TOCHTER -
SIE ALS ABGEORDNETER TRAGEN VERANT-
WORTUNG FÜR MILLIONEN MENSCHEN

HIER JA ZUR STATIONIERUNG MACHT
DEN ATOMKRIEG WAHRSCHEINLICHER

WIR WOLLEN LEBEN -
LEBEN OHNE BEDROHUNG VON
RAKETEN HIER ODER DORT

EIN SCHUTZ DURCH RAKETEN
IST ABSURD - FÜR KINDER
IN OST UND WEST

Robert-Havemann-Gesellschaft/Hannelore Offner



Ich liebe mein
Kind und liebe
auch um seine Zukunft.

21.11.83

Robert-Havemann-Gesellschaft



Wir wollen leben!
Sagt NEIN zu neuen
Raketen.

Jana Kubik
Berlin - DDR

17.11.1983

Archiv Günter Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung

„Alle Waffen in Ost und West sind auf uns und unsere Kinder gerichtet.“ Mit 200 Kinderfotos appellieren die Frauen aus Ost-Berlin an die Abgeordneten des Bundestages.

GRENZEN

überschreiten



Mahnwache am Berliner Grenzübergang Checkpoint Charlie vom 20. Dezember 1983 bis zum 24. Januar 1984

BSU, MS, HA VI 5639

Seit die Aufstellung von atomaren Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs beschlossene Sache ist, zeigt sich nicht nur die politische Großwetterlage von einer frostigen Seite. Auch innenpolitisch weht ein eisiger Wind. Das SED-Regime geht massiv gegen die vermeintlichen Staatsfeinde im Innern vor. Gegen unliebsame Besucher aus dem Westen verhängt man Einreisesperren. Wegen ihrer Kontakte zu einer Friedensaktivistin aus Großbritannien werden im Dezember 1983 Ermittlungsverfahren gegen vier Frauen für den Frieden in Ost-Berlin eröffnet. Zwei von ihnen, Ulrike Poppe und Bärbel Bohley, müssen in Untersuchungshaft. Eine solche Kontaktaufnahme wird nach DDR-Recht als „Landesverrat“ gewertet. In diesen Wochen werden auch Verhaftungen von Mitgliedern der Friedensbewegung in Jena, Halle, Weimar, Potsdam, Leipzig und Karl-Marx-Stadt bekannt. In West-Berlin wird am Grenzübergang Checkpoint Charlie demonstriert, Protestschreiben aus aller Welt gehen bei Staats- und Parteichef Erich Honecker ein. Die Solidarität im Land und außerhalb ist überwältigend. Im Januar 1984 kommen die beiden Frauen wieder frei. Die zunächst verunsicherten Frauengruppen sind nun fest entschlossen, sich blockübergreifend weiter für Abrüstung einzusetzen und ideologisch erzeugte Feindbilder abzubauen.

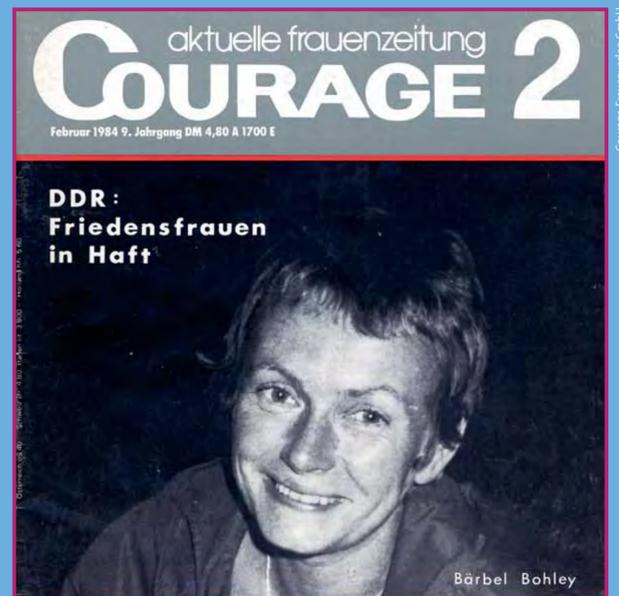
Ich schreibe dies in dem Gefühl, daß ich bald verhaftet werde. Die Situation in der DDR ist so, daß immer mehr Feindlichkeit gegen Menschen gezeigt wird, die für Abrüstung in Ost und West sind - sicher eine Folge der augenblicklichen weltpolitischen Lage, aber auch ein Zeichen dafür, daß diese Menschen immer mehr werden. Immer mehr Menschen glauben nicht mehr an die Verhinderung eines Konfliktes zwischen Ost und West durch die Mittel der Abschreckung. Im letzten Jahr haben sich viele Frauen zusammengefunden, um ihrer Einbeziehung in die Armees entgegen zu wirken. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß es auch in der DDR möglich ist, daß aus einem viele werden können. Wir haben gemeinsam Phantasie und Mut entwickelt und dies ist auch nicht mehr aus der DDR zu schaffen, selbst wenn einige von uns vielleicht heute im Gefängnis sitzen. Wir sitzen nicht im Gefängnis, weil wir etwas gegen den Frieden in der DDR getan haben, sondern weil wir etwas für ihn getan haben. Wir sollen nur zur Abschreckung derer dienen, die vielleicht noch nicht den Mut haben, an unseren Aktionen teilzunehmen. Aber ich hoffe, daß die Angst vor einem Atomkrieg, die Angst vor dem unmoralischen Leben, das wir zu führen gezwungen werden, die Angst vor den Folgen des sich Verantwortungsnehmens überwindet. Es ist ein Irrtum der Staatsicherheit, zu glauben, daß es in der Friedensbewegung "Rädelsführer" gibt, die man nur ins Gefängnis stecken muß, um Ruhe vor dem Frieden zu haben. Immer mehr Menschen wollen nicht mehr im Schatten von Raketen leben, wollen sich nicht mehr betrogen lassen durch die Übungen der Zivilverteidigung, die uns vormachen sollen, daß ein Überleben auf dem Schlachtfeld möglich ist, wollen sich nicht mehr der zunehmenden Militarisierung des öffentlichen Lebens beugen, wollen nicht, daß ihre Kinder schon heute das Schießen lernen. Man kann nicht alle einsperren. Vielleicht wird es nicht mehr möglich sein, daß sich 500 Frauen treffen, miteinander sprechen und nach Möglichkeiten für Verweigerung suchen, aber es werden viel, viel mehr Frauen Möglichkeiten der Verweigerung finden. Ich grüße euch alle!

Bärbel Bohley
12. 12. 83

Robert-Havemann-Gesellschaft

»Die in Gefängnissen der DDR sitzenden Aktiven aus der Friedensbewegung haben nichts getan, was wir nicht auch tagtäglich tun ... Sie wurden verhaftet, wofür wir von Ihnen gelobt werden.«

Offener Brief an Erich Honecker, Januar 1984, unterzeichnet von Vertretern der westeuropäischen Friedensbewegung



Die Presse in der Bundesrepublik informiert über die Verhaftungen in der DDR - die Medien dort schweigen.

Courage Frauenverlag GmbH

Diese Erklärung verfasst Bärbel Bohley, um klarzustellen, warum Menschen wie sie in der DDR verfolgt werden. Am 12. Dezember 1983 wird sie verhaftet.



12. Dezember 1983. Sofort nach Einlieferung ins Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen werden Fahndungsfotos angefertigt. Bärbel Bohley (oben), Ulrike Poppe (unten)

Robert-Havemann-Gesellschaft

Robert-Havemann-Gesellschaft

BSU, MS, HA VI 5640



Der Protest am Checkpoint Charlie dauert so lange an, bis die inhaftierten Ostberlinerinnen freigelassen werden.

BSU, MS, HA VI 5638

BLOCKDENKEN

aflösen



Robert-Havemann-Gesellschaft/Bettina Koch

40 Jahre nachdem eine amerikanische Atombombe die japanische Stadt Hiroshima ausgelöscht hat, wird am 6. August 1986 ein Band aus vielen Tüchern um das Pentagon, den Sitz des Verteidigungsministeriums der USA, gespannt. Die Tücher kommen aus verschiedenen Ländern, auch Frauenfriedensgruppen aus der DDR sind beteiligt.

Im Wortlaut: 26. 11. 84

„Stationierung dient dem Krieg“

Angehörige von nichtstaatlichen Friedensgruppen aus der DDR und CSSR haben – wie berichtet – erstmals gemeinsam gegen die Stationierung sowjetischer Raketen in ihren Ländern protestiert. Viele der Unterzeichner sahen für ihre Überzeugung schon im Gefängnis. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Vor einem Jahr wurden in unseren Ländern neue sowjetische Atomraketen stationiert. Dieser Schritt sollte dazu beitragen, die nuklearen Kräfte der Großmächte auszugleichen. In der offiziellen Begründung wurde davon gesprochen, daß der Frieden sichergestellt und der militärische Wettlauf fortgesetzt. Dieser Vorwurf muß allen Staaten gemacht werden, die sich auf einen Weltkrieg vorbereiten, ihre Bücherei bedrohen und oft genug die eigene Bevölkerung wehrlos, nicht aber über existenzielle Fragen selbstbestimmen lassen. Unsere beiden Länder wurden nicht nur zu einer Raketenrampe, auch die Wahrscheinlichkeit hat sich erhöht, daß die DDR und die Tschechoslowakei Zielscheibe eines nuklearen Kinostrekes sein werden.

Ein Jahr nach der Stationierung dieser Raketen protestieren wir erneut gegen diesen Schritt. Wir fühlen uns damit verbunden mit den Friedensbewegungen des Westens, die in ihren Ländern dem Widerstand gegen Militarismus und Atomrüstung organisieren. Nach unserer Meinung könnte ein erster und wichtiger Schritt sein: Keine Atomraketen in Europa vom Ural bis zum Atlantik. Gemeinsam mit polnischen, sowjetischen und ungarischen Friedensgruppen sind wir der Überzeugung, daß die Nuklearrückführung nicht der Grund für die jetzige internationale Krise ist. Die jetzige Lage entstand durch das Fraktieren von Machtinteressen des Durchsetzens eigener, oft egoistischer Interessen.

Wer in „Blöcken“ und Feindbildern denkt, verhindert einen ehrlichen Dialog. Wer soziale Ungleichheit hinnimmt oder gar verschärkt, ist verantwortlich für Hunger und Armut. Wer die Würde des einzelnen Menschen antastet, keine Meinungsfreiheit garantiert, wird auch nationale und internationale Probleme auf gewalttätige Weise lösen wollen. Frieden ist unzerrenbar verbunden mit dem Einhalten und Erkämpfen aller Menschenrechte. Wir möchten in einer offenen, menschenfreundlichen Gesellschaft leben. Der Weg dorthin führt nicht über Kasernenhöfe, verseuchte Umwelt und Raketenrampen.

Die Unterzeichner dieser Erklärung: DDR: Bärbel Bohley, Bomy Baumgarten, Antje Bölsiger, Martin Pötger, Werner Fischer, Elisabeth Göbes, Katja Havemann, Heiko Lietz, Hail Hirsch, Irene Kukota, Gläna Metz, Stefan Pischard, Gerd Puppe, Ulrike Puppe, Julia Seidel, Anne Quasandt. CSSR: Petr Cibulka, Jiri Dienstbier, Karel Frencl, Václav Havel, Eva Kantorová, Jan Kozlik, Ladislav Líz, Václav Malý, Jaroslav Mezrník, Arne Moravcova, Radim Palouš, Jar. Ruml, Jaroslav Sabata, Anna Sabatova, Petraska Sustova, Petr Uhl.

Frankfurter Rundschau, 26. 11. 1984

Internationaler Frauenfriedensaktionstag 1985

Frauen aus Ost- und Westeuropa, aus Italien, der CSSR, Großbritannien, der DDR, der Bundesrepublik und West-Berlin haben gemeinsam diesen Brief verfaßt, der alle Frauen auffordert, über die Blockgrenzen hinweg mitaktiv zu werden. Vielleicht kann dieser Brief ein Anlaß sein, um in einen Dialog über eine bessere Verständigung zwischen den Menschen diesseits und jenseits der Blockgrenzen und einen anderen Umgang mit der Natur einzutreten.

Für Entspannung von unten, für die Entkernisierung Europas Offener Brief von Frauen aus Ost und West an alle Bürger Europas

Wir sind Frauen aus den fünf europäischen Ländern, in denen die Stationierung von neuen sowjetischen und amerikanischen Atomraketen begonnen hat. Wir sind Frauen aus verschiedenen Kulturen, aus Ost und West, aus Nord- und Südeuropa, einige aus der Kirche, andere nicht, Feministinnen, Pazifistinnen und Frauen aus vielen anderen Emanzipationsbewegungen für Menschen- und Naturrechte.

Trotz aller Unterschiede vereinigt uns der Wille nach Selbstbestimmung und die Ablehnung der Kultur des Militarismus, des Krieges, der Uniformen, der Gewalt, der Erziehung unserer Kinder als Soldaten, die die Ursache einer absurden Verschwendung von Ressourcen ist. Selbstbestimmung heißt für uns, über die Gestaltung des eigenen Lebens entscheiden zu können. Dieses Recht fordern wir für alle Menschen und für alle Völker. Wir wollen unseren spezifischen kulturellen Beitrag als Frauen zur Veränderung der gegenwärtigen Strukturen einbringen. Deshalb stellen wir auch die konventionellen Geschlechterrollen in Frage und fordern die Männer auf, dies auch zu tun.

Die Freiheit, über das eigene Schicksal entscheiden zu können, heißt auch Freiheit von Ausbeutung und Gewalt: im Denken und im Handeln, in der Arbeit, im Verhältnis zur Natur, zwischen Frauen und Männern, zwischen den Generationen, zwischen Staaten, zwischen Ost und West, dem Süden und dem Norden der Welt.

Zusammen wollen wir den Kreis der Gewalt und der Ängste, die diese Gewalt in uns erzeugt, durchbrechen: Angst vor den Atomwaffen, Angst vor dem Ende der Menschheit und der Erde, Angst vor der Vergewaltigung unseres Geistes und Körpers. Zusammen wollen wir diesen Ängsten begegnen und sie überwinden können, nicht in der Illegalität, sondern mit dem Recht der freien Meinungsäußerung für jede: auch dort, wo dieses Recht alltäglich verneint wird. Ohne Achtung der Menschenrechte kann es keine reale Friedensperspektive geben.

Die Stationierung neuer Atomraketen in unseren Ländern hat unsere Freiheit beschränkt und unsere Ängste größer gemacht. Durch unsere potentielle Mittäterschaft an einer möglichen Katastrophe ist unsere Verantwortung, den Kreis der Gewalt zu durchbrechen, gewachsen. Wir sind uns bewußt, gleichzeitig Träger und Opfer der Gewaltsysteme zu sein. In beiden Fällen sind wir nicht die, die dies bestimmt haben. Wir lehnen beide Rollen ab.

Daß die Vertreter der beiden Machtssysteme in Genf wieder über unsere Köpfe hinweg verhandeln werden, berührt uns nicht. Wieder sollen wir unsere Hoffnung daraus schöpfen, daß jene einsichtig werden und freiwillig auf die Produktion und Anwendung von Vernichtungsmitteln verzichten. Wieder sollen Gespräche darüber, wie Gespräche zu führen sind, uns glauben machen, daß eine Lösung der Probleme von oben möglich ist.

Statt dessen wählen wir den Weg der selbstbestimmten Initiativen von unten. Dieser Weg führt weder durch die Militarisierung der Gesellschaft – deshalb werden wir uns auch jeder Einbeziehung in die Vorbereitung eines Krieges widersetzen – noch über Raketenrampen, noch über die Zerstörung der Natur und der zwischenmenschlichen Beziehungen.

Wir wollen weder einen Frieden, der uns unterdrückt, noch einen Krieg, der uns vernichtet.

Vierzig Jahre nach Auschwitz und Hiroshima, vierzig Jahre nach dem Beginn der Blockkonfrontation wollen wir gemeinsam endlich damit anfangen, uns besser kennenzulernen, zu verstehen, zu treffen, jenseits der Mauer, die nicht nur die Grenzen unserer Staaten, sondern zu oft auch unsere Gedanken und Herzen trennt.

Wir haben die Entspannung von unten angefangen: Macht mit!

Unterzeichnerinnen: Frauen für den Frieden, DDR; Donne per la pace, Italien; END-Women, Großbritannien; Unterzeichnerinnen der Charta 77, CSSR; Frauen für Frieden, Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin

V. i. S. d. P.: Christa Klingerberg, Gütznowskystraße 13, 1000 Berlin 21

Robert-Havemann-Gesellschaft

1985 unterschreiben die Frauen für den Frieden aus der DDR zusammen mit Frauen aus der CSSR, aus Italien, England, West-Berlin und der Bundesrepublik diesen Appell zur „Entspannung von unten“.

Zuckersand 44.40.84

Wenn man mit mir Frieden schließen will-ich bin bereit. Und niemand soll mir dazwischen reden, ihr Herren! so ich wohne ist bekannt, der etwas von mir will, soll kommen. Für den Krieg kämpfen genug Leute ich kämpfe für den Frieden! Macht mehr Sinn.

E. Mäster in "Die Archivar"

ENTSPANNUNG VON UNTEN FÜR EINEN FRIEDEN

zwischen Markus Erne CH und Andrea Schaller DDR

angeichts der wachsenden Bedrohung in unserer Zeit wollen wir nicht müde werden, wollen wir uns und unsere Mitmenschen wachhalten, wir selbst verpflichten uns deshalb nachstehende Punkte so gut wie möglich zu erfüllen oder einhalten.

1. wir wollen hoffen und nicht aufhören für den Frieden zu beten, zu denken und zu arbeiten.
2. wir wollen uns nicht schuldig lassen und uns immer wieder zu Wort melden.
3. wir wollen nicht mitlaufen, Feindbilder zu fertigen oder neue Feindbilder aufzubauen, vielmehr wollen wir uns nicht als Feinde betrachten.
4. wir wollen jeder weiteren Militarisierung unserer Gesellschaftssysteme entgegenzutreten.
5. wir wollen, jeder in seinem System, für eine einseitige Ableitung eintreten.
6. wir werden uns nicht bereit erklären, an einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Massenvernichtungswaffen teilzunehmen.

Die Sehnsucht nach Frieden hat vielfältige zwischenhafte Handlungen angeleitet. Für jedes erkennbare Zeichen des Friedens unter uns sind wir dankbar.

Die Synode der Evang. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

Unterschrift: Andreas Schaller H. Erne

Robert-Havemann-Gesellschaft

Solche persönlichen Friedensverträge schließen Hunderte Privatpersonen miteinander ab.

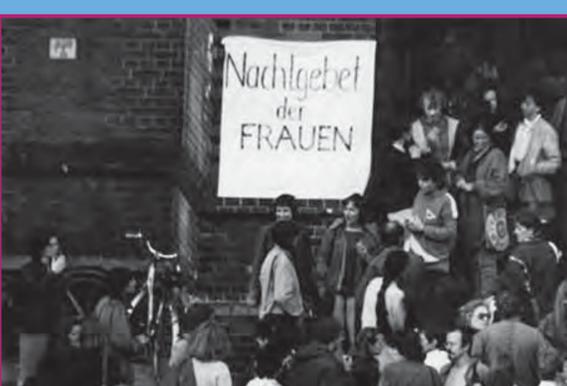
»Wer in Blöcken und Feindbildern denkt, verhindert einen ehrlichen Dialog ... Wir möchten in einer offenen, menschenfreundlichen Gesellschaft leben. Der Weg dorthin führt nicht über Kasernenhöfe, verseuchte Umwelt und Raketenrampen.«

Gemeinsame Erklärung von Vertretern der DDR-Friedensbewegung, darunter auch Friedensfrauen, und Charta 77 (CSSR), November 1984



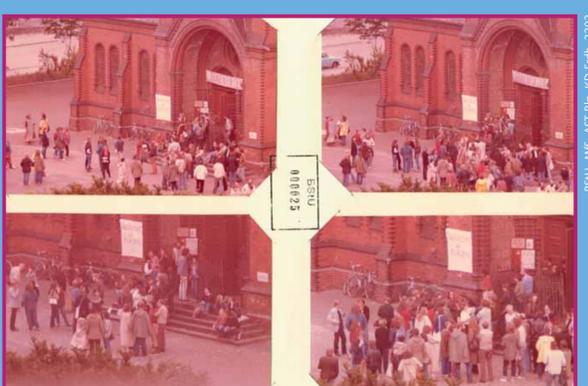
BSU, MfS, HA II 33929

Auferstehungskirche in Berlin-Friedrichshagen. Nach den Gesetzen der DDR sind nur Gottesdienste befreit von der Anmeldepflicht, die für alle öffentlichen Veranstaltungen gilt. Hier bringen die Ostberliner Frauen für den Frieden ihre Anliegen an die Öffentlichkeit.



BSU, MfS, HA XXIV/625, Bild 73

Vor der Auferstehungskirche. „Ich wünsche mir, dass eine Zusammenkunft wie diese, von dieser Ausstrahlung, einmal nicht nur in der Kirche möglich ist, sondern zum Beispiel auf dem Alexanderplatz“, trägt eine Teilnehmerin ihre Hoffnung während des 2. Nachtgebetes am 27. Juni 1984 vor.



BSU, MfS, AST Bln, KD FdbH, 2208

Das Ministerium für Staatssicherheit überwacht das Politische Nachtgebet am 27. Juni 1984. Außen wird fotografiert, innen per Tonband mitgeschrieben.

WESPEN

nester



Robert-Havemann-Gesellschaft / Ramona Dreffler / Bettina Dröggel

Postkarte von Frauen aus der Gruppe Lesben in der Kirche in Berlin, 1984/85. 1985 gibt es in den meisten Bezirken der DDR politische aktive Frauengruppen, darunter in Berlin, Halle, Dresden, Eisenach, Weimar, Leipzig, Magdeburg, Erfurt, Rudolstadt, Schwerin, Karl-Marx-Stadt, Jena, Zwickau und Weißenfels.

Die Vernetzung der in wenigen Jahren entstandenen Frauengruppen ist 1985 weit fortgeschritten. Das wird im März 1985 beim zweiten überregionalen Treffen deutlich. In der Berliner Stephanus-Stiftung treffen sich über 100 Frauen aus 15 Gruppen. Auch vier Besucherinnen aus dem Westen sind dabei.

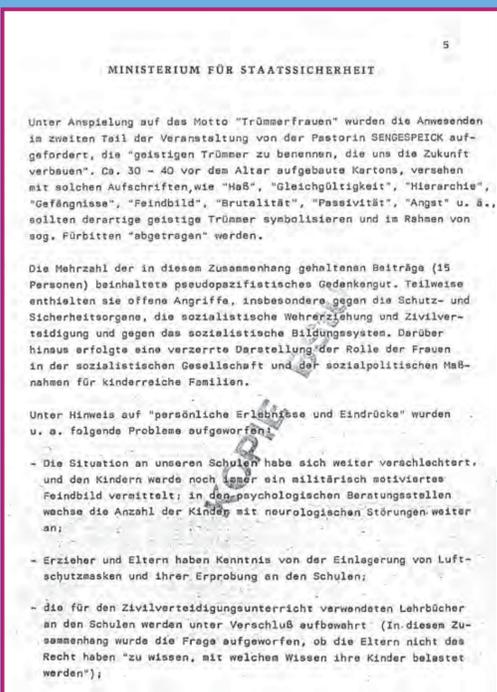
Zwei Monate später laden die Berliner Frauen für den Frieden zu ihrem dritten Nachtgebet in die Auferstehungskirche ein. In Anlehnung an die Trümmerfrauen der Nachkriegszeit thematisiert die Gruppe 40 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges nun die „geistigen Trümmer“, die Un- und Halbwahrheiten, von denen die DDR-Öffentlichkeit beherrscht wird. Die Kirche ist übervoll. Die Aufforderung, nicht länger die Augen vor Lügen und Missständen zu verschließen, kommt an.

Jetzt ist für das Ministerium für Staatssicherheit der Zeitpunkt gekommen, massiver gegen die Frauen vorzugehen. Die Maßnahmen gegen die einzelnen Gruppen sollen effektiver koordiniert werden. Im Juni 1985 wird ein Zentraler Aktenvorgang unter dem Decknamen „Wespen“ eröffnet. Die Frauen scheinen in zu viele wunde Punkte gestochen zu haben. Die „Wespennester“ sollen ausgeräuchert werden.



Christine Günther

Das Hallenser „Wespennest“. Die Frauen für den Frieden (von links) Katrin Eigenfeld, halb verdeckt eine Mitstreiterin aus den Niederlanden, Christine Günther, Brunhild Köhler, 1988



BSU, MfS-ZAG 3460

»Heimat ist der Ort, an dem wir uns verantwortlich fühlen und in Verantwortung genommen werden.«

Heinrich Rathke, Bischof der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs
Motto des 2. Überregionalen Frauentreffens, Stephanusstiftung Berlin-Weißensee, März 1985

Aus der Information des Ministeriums für Staatssicherheit über das 3. Nachtgebet am 22. Mai 1985



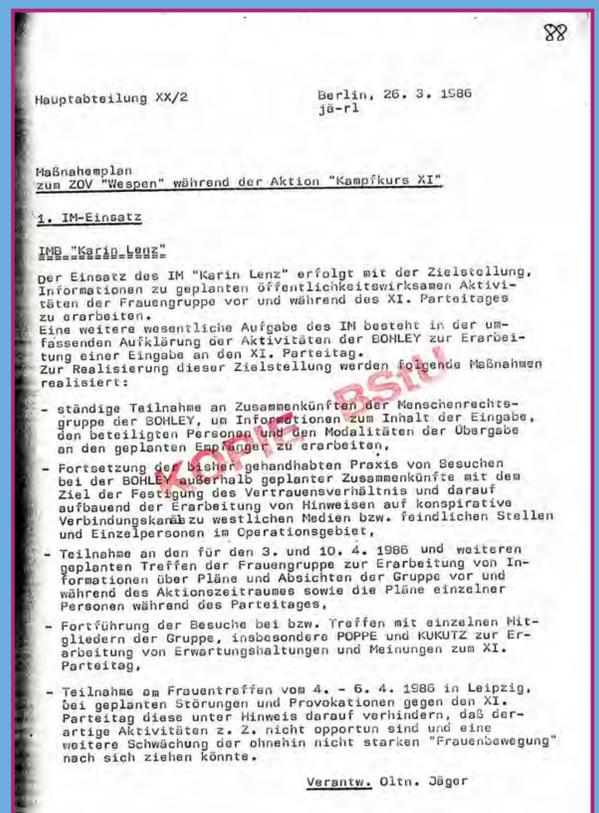
BSU, MfS, HA XX/760, Bild 49

Foto des Ministeriums für Staatssicherheit, um ein Transparent mit dem Motto des 2. Nachtgebets der Frauen am 27. Juni 1984 festzuhalten. Die Frauen werden mit Abhörgeräten, Fotoapparaten und Spitzeln überwacht, einige müssen auch Hausdurchsuchungen erdulden.



Robert-Havemann-Gesellschaft

Das Ostberliner „Wespennest“, im Bild festgehalten während der Friedenswerkstatt 1987. 2. von links Monika Haeger, die unter dem Decknamen „Karin Lenz“ regelmäßig ihrem Stasi-Führungsoffizier über die Frauen berichtet.



BSU, MfS, ZOV „Wespen“, XV.4113/85

„Festigung des Vertrauensverhältnisses“ – ein Ziel für die Inoffizielle Mitarbeiterin (IM) „Karin Lenz“, festgehalten in diesem Maßnahmenplan aus dem Zentralen Operativen Vorgang (ZOV) „Wespen“

ÖFFENTLICHKEIT

herstellen



Frauen aus der Ostberliner Gruppe Homosexuelle Selbsthilfe – Lesben in der Kirche in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Ravensbrück 1986

Robert-Havemann-Gesellschaft/Bettina Dräggel

Das Gedenken an die Verbrechen der Nazidiktatur hat im DDR-Staat einen hohen Stellenwert. Der Antifaschismus gehört zum Selbstverständnis der SED. Ganz besonders fühlt sich die Partei- und Staatsführung der Würdigung von Kommunisten verpflichtet, die wegen ihres antifaschistischen Widerstandes während des Nationalsozialismus eingesperrt oder getötet wurden. An Menschen, die wegen ihrer Religion, ihrer Herkunft oder sexuellen Orientierung von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, wird in der DDR nur selten erinnert.

Nahezu vergessen sind beispielsweise die Opfer, die allein wegen ihrer homosexuellen Veranlagung inhaftiert wurden. Das versucht die Gruppe Lesben in der Kirche in der Berliner Gethsemanengemeinde zu ändern. In den Jahren 1984 bis 1986 besucht sie mehrmals die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, um der weiblichen homosexuellen Opfer zu gedenken, damit über deren Existenz und dort erfahrenes Leid nicht länger geschwiegen wird. Daran werden die Frauen massiv gehindert. Sie werden festgenommen, verhört und beleidigt. Mit ihren Berichten über die Vorfälle können die Frauen dennoch öffentliche Aufmerksamkeit erreichen.

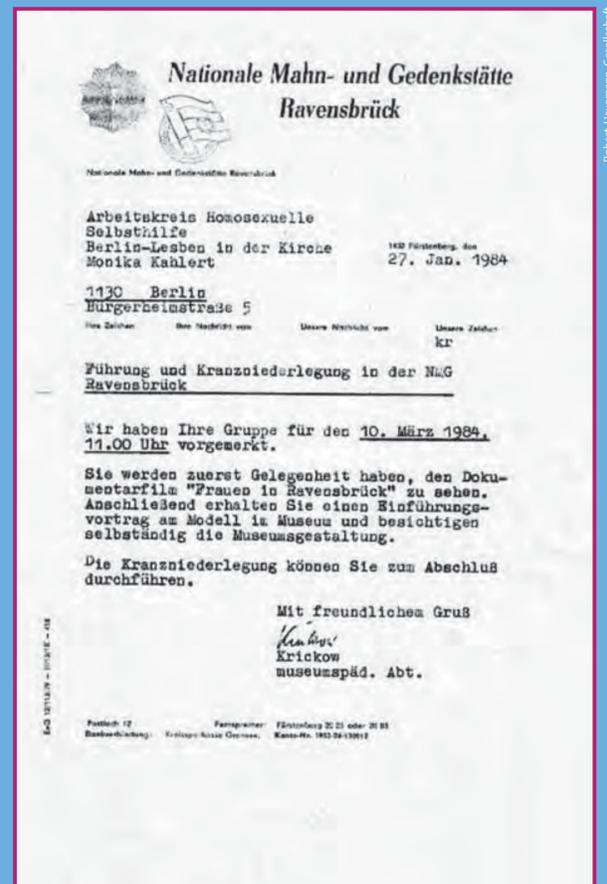
»Unter den Frauen, die dort inhaftiert waren und ihr Leben lassen mussten, waren auch zahlreiche lesbische Frauen, die allein wegen ihrer homosexuellen Veranlagung verfolgt wurden. Wir mussten bei einem erneuten Besuch feststellen, dass sowohl unser Kranz als auch die Eintragung aus dem Besucherbuch entfernt worden waren.«

Arbeitskreis Homosexuelle Selbsthilfe – Lesben in der Kirche



Am 10. März 1984 legen die Frauen einen Kranz mit einer beschrifteten Schleife nieder und tragen sich in das Besucherbuch ein. Das Ministerium für Staatssicherheit hält den Text fotografisch fest.

BStU, MS, HA XX/Fo/760, Bild 104



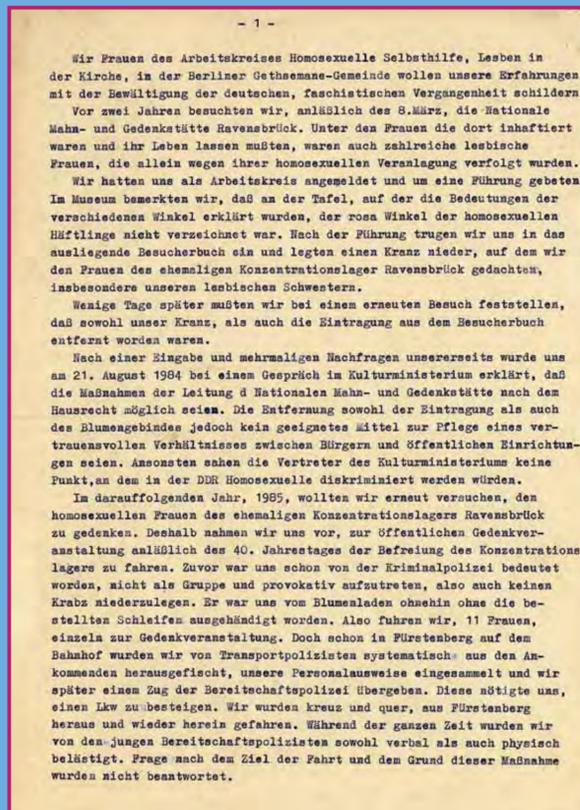
Ganz offiziell wird der Lesbengruppe eine Führung durch die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück für den 10. März 1984 zugesagt.

Robert-Havemann-Gesellschaft



Robert-Havemann-Gesellschaft/Marina Körsendörfer

Wenige Tage nach dem Niederlegen des Kranzes für die lesbischen Opfer im Konzentrationslager müssen die Frauen feststellen, dass der Kranz genauso wie ihre Eintragung ins Besucherbuch entfernt wurden. Ein Jahr später, 1985, wird ein im Blumenladen bestellter Kranz nur ohne Schleife ausgehändigt und die Frau, die ihn abholt, zum Verhör geladen.



Robert-Havemann-Gesellschaft

Ihre Berichte über die Erlebnisse in der Gedenkstätte Ravensbrück vervielfältigen die Frauen und unterrichten kirchliche Gremien sowie Oppositionsgruppen.

PROTEST

anzetteln



Zu dem geplanten Straßenbau erarbeiten die Ostberliner Frauen für den Frieden diese Fotodokumentation. Sie wird am Stand der Frauen in der Berliner Erlöserkirche während der 5. Friedenswerkstatt im Juni 1986 gezeigt.

Robert-Havemann-Gesellschaft

Protestschreiben in Form von Eingaben bleiben für die Frauen ein Mittel, sich kritisch zu äußern und so Gehör bei den Machthabenden zu finden.

Gegen den Umgang mit dem Gedenken an die Millionen jüdischer Opfer der Nationalsozialisten organisieren die Ostberliner Friedensfrauen im Jahr 1986 den öffentlichen Widerstand. Eine Straße soll über den Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee gebaut werden. Um die Zerstörung des größten jüdischen Friedhofs in Europa zu verhindern, starten sie dazu eine Meinungsumfrage und erhalten 130 schriftliche Äußerungen. Diese schicken die Frauen gemeinsam mit einem Protestbrief an die Verantwortlichen in Staat und Kirche. Auch die Jüdische Gemeinde in West-Berlin und die Medien werden informiert, um das Geschichts- und Kulturdenkmal zu retten. Normalerweise haben solche Proteste in der DDR keine Wirkung. In diesem Fall wird die Straße letztendlich nicht weitergebaut, der Friedhof bleibt erhalten.

Robert-Havemann-Gesellschaft/Irena Kulutz

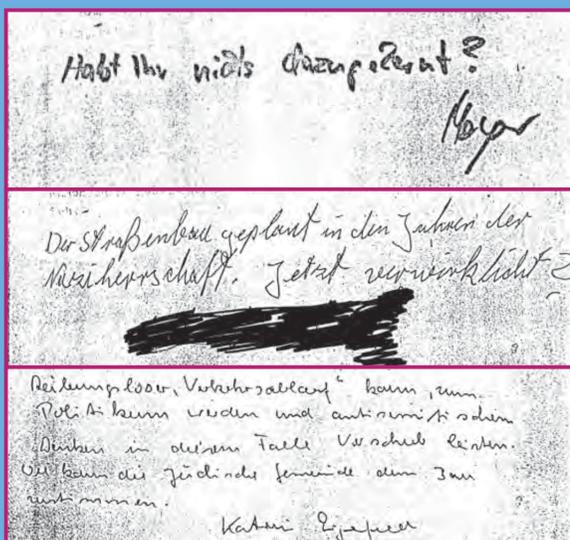


Jüdischer Friedhof Berlin-Weißensee 1986. Rechts neben dem Weg soll die Straße auf einem unbelegten Geländestreifen quer über den Friedhof gebaut werden.

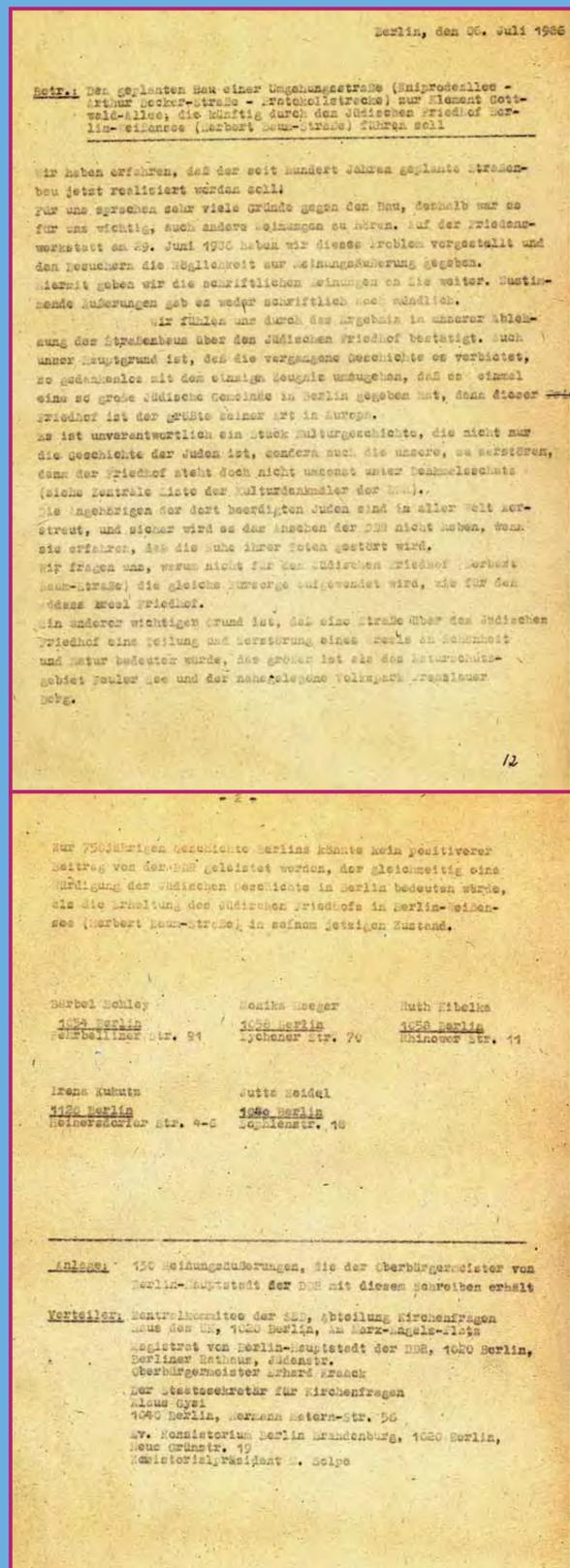
»An den Magistrat von Berlin. Wie ich erfahren habe, wird über den Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee eine Verlängerung der Artur-Becker-Straße nach Hohenschönhausen gebaut. Gegen den Bau dieser Straße protestiere ich.«

Textvordruck zur Meinungsumfrage, 29. Juni 1986, am Frauenstand der Friedenswerkstatt von 130 Personen unterschrieben

BSU, MS, ZNA XX, 2037



Auszüge aus den Meinungsäußerungen



Mit dieser Eingabe, unterschrieben von Vertreterinnen der Ostberliner Frauengruppe, werden schriftliche Meinungsäußerungen von 130 Personen übergeben.

Robert-Havemann-Gesellschaft

| Orte | Datum 1986 | | Uhrzeit | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-------------|------------|-------|---------|-------|------|------|------|-------|------|------|------|------|------|------|------|-------|------|--|--|
| | 30.4. | 1.5. | 1.5. | 2.5. | 3.5. | 4.5. | 4.5. | 5.5. | 5.5. | 6.5. | 6.5. | 7.5. | 8.5. | 9.5. | 9.5. | 11.5. | | | |
| Hachen | | | | 67,0 | 15,9 | 3,3 | 2,5 | | 7,0 | 5,6 | 5,4 | 4,7 | 1,8 | 1,3 | 1,7 | 1,6 | 1,6 | | |
| Berlin | 4,10 | 2,6 | | 3,0 | 1,8 | 2,8 | 4,0 | 110,0 | 2,7 | 2,9 | 3,0 | 3,2 | 12,4 | 6,0 | 2,4 | 1,6 | 5,5 | | |
| Darmstadt | | | 14,00 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Essen | | 0,9 | | 10,50 | 28,2 | 29,8 | 29,9 | | 24,6 | 22,8 | 19,7 | 18,5 | 14,5 | 15,0 | 13,9 | 9,1 | 7,5 | | |
| Freiburg | | 7,7 | | 78,0 | 22,5 | 6,2 | 6,3 | | 12,8 | 14,7 | 8,2 | 10,1 | 4,2 | 3,2 | 4,4 | 4,5 | 5,7 | | |
| Hamburg | | 2,4 | | 2,5 | | | | | | | | | | | | | | | |
| Hannover | | | | 4,6 | 6,1 | 6,9 | | | 4,2 | 7,0 | 5,4 | 5,7 | 2,0 | 1,8 | 1,7 | 0,7 | 0,6 | | |
| München | 127,0 | 107,0 | 107,0 | 34,0 | 28,4 | 24,6 | 7,4 | | 28,4 | 24,9 | 15,9 | 9,0 | 8,7 | 2,2 | 26,8 | 2,2 | 10,3 | | |
| Norderney | | | | | | | 14,7 | | 12,5 | 27,3 | 20,2 | 15,3 | | | | | | | |
| Offenbach | 3,0 | 53,0 | | 35,0 | 21,2 | 6,8 | | | 10,9 | 17,0 | 14,9 | 13,1 | 2,8 | 2,5 | | 1,3 | 5,2 | | |
| Regensburg | 33,0 | 36,0 | 124,0 | 92,0 | 43,1 | 51,2 | 38,6 | | 52,9 | 40,9 | 36,4 | 31,0 | 29,0 | 20,0 | 21,0 | 18,1 | 21,9 | | |
| Saarbrücken | | | | 72,0 | 29,3 | 3,6 | 2,7 | | 6,5 | 9,2 | 10,7 | 7,8 | 2,4 | 4,2 | 6,9 | 1,9 | 5,2 | | |
| Schleswig | | | | | | | | | 4,4 | 2,9 | 2,4 | 2,0 | 0,5 | 1,1 | 1,1 | 0,5 | 0,1 | | |
| Stuttgart | | 4,7 | 84,0 | 66,0 | 29,5 | 5,2 | 5,4 | | 13,1 | 14,3 | 11,7 | 8,7 | 3,5 | 2,6 | 5,4 | 1,8 | 5,2 | | |

Informationen zur tatsächlichen radioaktiven Belastung der Luft nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl sind nur aus den Westmedien zu erlangen. Diese Tabelle wurde von einer Ostberliner Frau für den Frieden aus einer Publikation der Westberliner Ärztekammer abgeschrieben.

Robert-Havemann-Gesellschaft

»Lange genug hat es gedauert, bis die Herrschenden begriffen, dass ein Atomkrieg nicht gewinnbar ist, wie lange wird es noch dauern, bis sie begreifen, dass auch ihr Fortschrittswahn in den Untergang führt?«

Aus dem Rundbrief „Ein Jahr danach, denkst auch Du noch an Tschernobyl“, April 1987, verfasst von den Ostberliner Frauen für den Frieden



Robert-Havemann-Gesellschaft

Protestpostkarte aus der DDR-Umweltbewegung. „... Tausend Mal ist nix passiert, ... es hat bum gemacht“ – ein Schlagertext bringt die bittere Wahrheit über die Gefahren der zivilen Nutzung der Atomenergie auf den Punkt.

Freitag, 2. Mai 1986

Experten im Fernsehen:

In der DDR keine Gefahr durch Havarie im KKW Tschernobyl

Hoher Sicherheitsstandard bei allen Reaktoren
Westliche Panikmache lenkt von Friedensinitiativen ab

Berlin. ADN. Führende DDR-Experten für Nuklearsicherheit und für Strahlenschutz haben am Mittwochabend in der Aktuellen Kamera und in einer anschließenden Sondersendung des Fernsehens der DDR ausführlich zur Kernkraftwerksavarie von Tschernobyl und damit zusammenhängenden Fragen Stellung genommen.

Die Professoren Dr. Günter Flach, Direktor des Zentralinstituts für Kernforschung Rossendorf bei Dresden, und Dr. Karl Lanius, Direktor des Akademieinstituts für Hochenergiephysik Zeuthen bei Berlin sowie Dr. Wolfgang Krüger vom Staatlichen Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz betonten auf entsprechende Fragen übereinstimmend, daß es in keiner Phase der Entwicklungen nach der Havarie eine Gefährdung für Menschen und Umwelt in der DDR gegeben hat.

Auf die Frage, ob die in Tschernobyl ausgetretene Radioaktivität irgendwelche Konsequenzen für die DDR und ihre Bevölkerung habe und ob es überhaupt eine Gefährdung der DDR gebe, sagte Prof. Lanius: Ich würde sehr klar mit nein antworten. Nach den Meßwerten, die durch unsere entsprechenden Behörden ermittelt wurden, sieht es so aus, daß in keiner Phase die erhöhte Radioaktivität in irgendeiner Form die Grenzwerte erreichte. Der momentane Stand ist, daß dies bereits im Abklingen ist.

Auf eine ergänzende Frage, ob es also ein Risiko gebe, fügte der Wissenschaftler hinzu: Es gibt weder ein Risiko für die Menschen noch für die Natur. Und ich würde diese Meldungen, die da hochgespielt werden, daß das sozusagen die Menschen gefährdet und daß man sich in Räumen aufhalten soll, in erster Linie unter dem Motto der Panikmache sehen. Eine reale Gefährdung ist nicht vorhanden.

Die Reaktortyp von Tschernobyl arbeite mit Brennelementen mit leicht angereichertem Uran, die sich in einem Graphitblock befinden und zur Kühlung und Abführung der Wärmeenergie in entsprechenden Kanälen von Wasser umflossen werden. Wie Prof. Lanius erläuterte, wurde dieser Typ Anfang der siebziger Jahre erstmalig zur Energieerzeugung in Betrieb genommen und hat seither nicht nur in Tschernobyl, sondern auch in anderen Kernkraftwerken erfolgreich gearbeitet. Das ist in dieser Betriebsart ein Reaktor, bediente der Wissenschaftler, der nur zur Energieerzeugung dient. Es gäbe ja alle möglichen Spekulationen, die über den Äther gehen, daß es sich um eine Anlage zur Plutoniumgewinnung für militärische Zwecke handele. Das sei einfach falsch. Die Anlage diene ausschließlich zur Energieerzeugung.

Strenge Vorschriften und Kontrollen

In der DDR wird, so erklärte Dr. Krüger, ein ganz anderer Reaktortyp eingesetzt als in Tschernobyl. Durch das Staatliche Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz werde dabei die Einhaltung der in der DDR geltenden strengen Sicherheitsvorschriften ständig kontrolliert und strikt durchgesetzt. Prof. Flach erläuterte, es handle sich dabei um Druckwasserreaktoren. Auch diese werden in der Sowjetunion produziert und liefern seit mehr als zehn Jahren Strom ins Netz. Beim Druckwasserreaktor befänden sich die Wärme freisetzenden Elemente in einer kompakten aktiven Zone in einem großen Druckbehälter. Zur Ab-

Berliner Zeitung, 2.5.1986

Berliner Zeitung, 2. Mai 1986. Die Mächtigen in der DDR reagieren mit unvorstellbarer Ignoranz. Sie benutzen die Zeitungen als Sprachrohr. Nur genehmigte Texte dürfen erscheinen.

Arbeitskreis des Kirchenkreises Halle
"Christliche Frauen für den Frieden"
Mittelstr. 14-15
Halle
4020

Herrn Staatsratsvorsitzenden Halle, den 2.7.1986
Erich Honecker
Marx-Engels-Platz 5
Berlin
1020

Sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender!

Wir, die Abnehmer dieses Briefes, sind Mütter, Väter, Ärzte, Frauen. Täglicher Umgang mit Menschen in Verantwortung und Fürsorge, ständige Konfrontation mit körperlichen und seelischen Leiden, tägliche Erziehungsprobleme führen wahrscheinlich zu einem anderen Schwerpunktdenken, als es politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen eigen ist. Unser Anliegen ist Bewahrung des Lebens, Erhaltung der Gesundheit, Verantwortung für die nächste Generation – deshalb bitten wir Sie dringend um Gehör.

Anlaß dieses Schreibens an Sie ist die durch die Katastrophe von Tschernobyl transparent gewordene Gefährdung, die von jedem Kernkraftwerk (KKW) – auch von dem in unserem Land – ausgeht. Verknüpft mit diesem Problem erscheint uns viele Direktiven des II. Parteitag, welche eine Steigerung des Lebensstandards mit einer Steigerung der Lebensqualität gleichsetzen. Sehr viele angestrebte Ziele, wie der Bau energieaufwendiger Wohnkomplexe, Verbesserung der Konsumgüterproduktion u.a., sind nur bei gleichzeitiger Energieleistung möglich. In der öffentlichen Argumentation scheint damit der Einsatz von Atomstrom notwendig. Sind dies, Herr Staatsratsvorsitzender, wirklich nur 3% der Energie, die wir aus dem Atomstrom beziehen? Sollte es denn bei uns in der DDR nicht möglich sein, auf Kernenergie ganz zu verzichten und die angestrebte Verbesserung der Lebensqualität nicht über die Steigerung der Konsumtion, sondern auf anderen Wege zu erreichen? Das wäre beispielgebend für die ganze Welt!

Nicht nur ein atomares Mittteleuropa, sondern auch ein kernkraftwerkfreies Mitteleuropa ist ein anstrengenswertes Ziel. Wir weisen jetzt auf eine Reihe von bedenkenswerten Defekten hin. Sie entstehen, wenn wir in der bisherigen Form an unseren Energie- und Wohlstandsstreben festhalten. Anschließend unterbreiten wir Ihnen unsere Vorschläge.

In einem Brief unterbreiten die Frauen für den Frieden aus Halle dem Staats- und Parteichef Erich Honecker ihre Schlussfolgerungen aus der Katastrophe von Tschernobyl.

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
Berlin, 23. 10. 1986
SFB II, 23. 10. 86, 10.45 Uhr
"Zeitpunkte"

Honorator:
Uns liegt jetzt etwas verspätet eine Meldung auf dem Tisch. Ich lese Ihnen mal einen Teil daraus vor: "Auch in unserem Teil Berlins gibt es Frauen, die begriffen haben, Atomkraft: dient unserer Vernichtung. Es ist für uns nur unglaublich schwerer, die Gedanken in die Öffentlichkeit zu tragen. Wir wollen das endlich mit dem atomaren Wahnsinn Schluss gemacht wird und die Atomkraftwerke in der DDR aufhören, als Zeitbombe zu ticken. Die Bedrohung durch die Kernspaltung kennt keine Grenzen; das sollten wir erleben. In der Verharmlosung unserer Bedrohung sind sich die Regierenden jedoch einig. Auch Sie haben wir erfahren lassen. Wir werden uns nicht durch die Verharmlosung beruhigen lassen. Die einzige Hoffnung sind wir selbst in unserem Tun."

Soweit der Text, den einige Frauen aus Ostberlin nach Westberlin übermittelt haben.

„Wir wollen, dass endlich mit dem atomaren Wahnsinn Schluss gemacht wird ...“ Der Frauengruppe aus Ost-Berlin gelingt es, ihre Erklärung in den Westteil der Stadt zu übermitteln, wo sie über den Sender Freies Berlin veröffentlicht wird. Das Ministerium für Staatssicherheit kann nur noch mitschreiben.

Robert-Havemann-Gesellschaft

BSU, MS, ZOV, Weppen, XV 4113/85

FREIRÄUME

besetzen



Olof-Palme-Friedensmarsch 1987, Etappe zwischen den ehemaligen Konzentrationslagern Ravensbrück und Sachsenhausen. Erstmals kann mit kritischen Plakaten in der Öffentlichkeit demonstriert werden, ohne dass Verhaftungen drohen. In der Bildmitte Marinka Körtzdorfer aus der Gruppe Lesben in der Kirche der Berliner Gethsemanegemeinde und Sabine Wolff von den Hallenser Frauen für den Frieden

Robert-Havemann-Gesellschaft

Im September 1987 wollen europäische Friedensgruppen mit einem Marsch durch Europa den Forderungen des im Jahr zuvor ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten nach einem atomwaffenfreien Korridor zwischen den Blöcken Nachdruck verschaffen. Um außenpolitisch gut dazustehen, gestattet das DDR-Regime den Olof-Palme-Marsch auch auf dem Territorium der DDR. Friedensfrauen aus verschiedenen Gruppen nutzen diese Chance, um ihre Forderungen auf die Straße zu tragen. Drei Monate später unterzeichnen Reagan und Gorbatschow für die Weltmächte USA und UdSSR einen Vertrag über die Abrüstung der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa.

Der kurze Ausflug in den öffentlichen Raum ändert nichts daran, dass den Frauengruppen weiterhin ausschließlich die evangelischen Kirchengemeinden für ihre Veranstaltungen offenstehen. Auch wenn dies nur ein begrenzter Freiraum ist, kann sich hier der Protest artikulieren. Die Anzahl der Teilnehmerinnen an den überregionalen Treffen 1986 in Leipzig und 1987 in Magdeburg steigt an. Die Liturgische Nacht der Ostberliner Frauen 1987 wird zur Plattform der Kritik an den staatlichen Jubelfeiern zum 750-jährigen Jubiläum der Stadt.

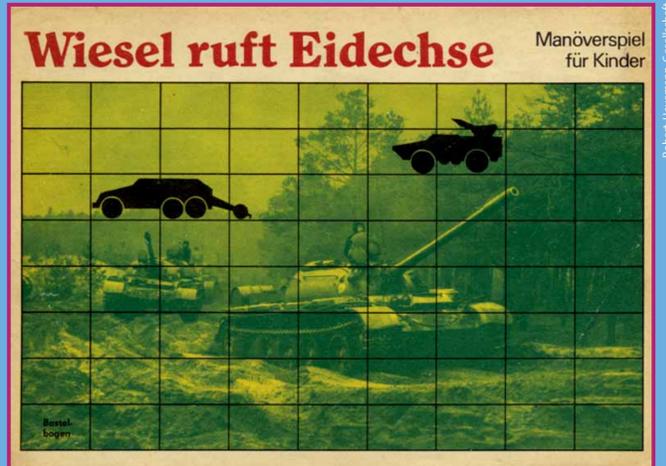
»Für eine Überwindung
der Teilung Europas.
Gegen Geist und Praxis
der Abgrenzung.«

Losung eines Transparentes
der Frauen für den Frieden beim
Olof-Palme-Friedensmarsch 1987



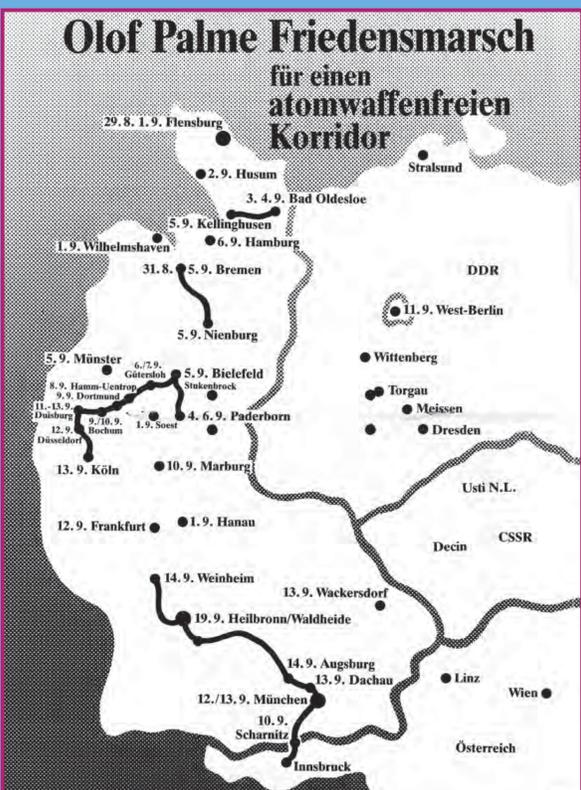
Plakat der Eisenacher Frauen für Frieden. Bildungspolitische Themen stehen im Mittelpunkt des 3. überregionalen Frauengruppentreffens 1986 in Leipzig. Bildungs- und Erziehungspläne der Kindergärten werden kritisch unter die Lupe genommen, genauso wie der Inhalt von Schulbüchern.

Robert-Havemann-Gesellschaft/Wieland Hartmann



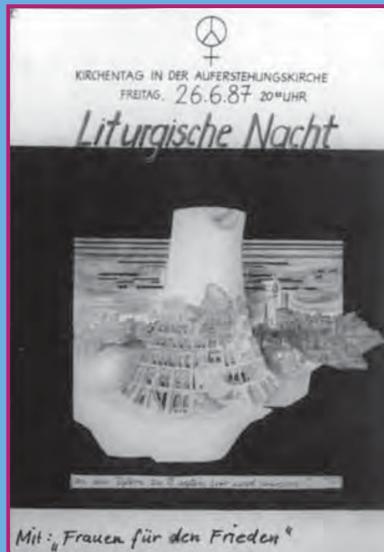
Friedenserziehung statt Wehrerziehung. Der Einsatz der Frauen gegen die Beeinflussung ihrer Kinder zu einem Denken in Feindbildern ist von Beginn an ein wesentlicher Punkt ihrer vielfältigen Protestaktionen.

Robert-Havemann-Gesellschaft



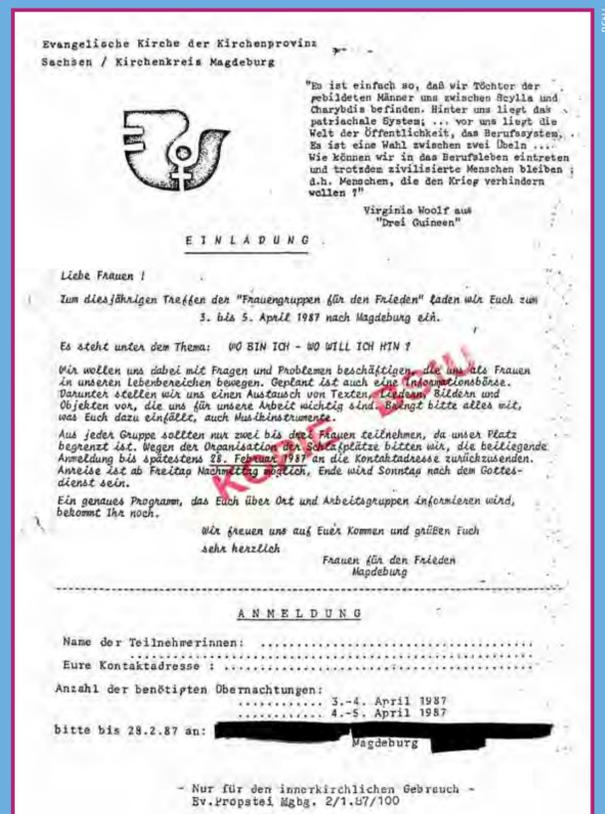
Informationen zum Verlauf des Olof-Palme-Marsches in Ost- und Westdeutschland

Robert-Havemann-Gesellschaft



Robert-Havemann-Gesellschaft

Anlässlich des Evangelischen Kirchentages bereiten die Ostberliner Frauen für den Frieden 1987 gemeinsam mit dem Friedenskreis der Auferstehungsgemeinde im Rahmen der 750-Jahr-Feier Berlins eine Liturgische Nacht vor. Die Frauen karikieren die staatlichen Jubelfeiern und reflektieren in ihren Textbeiträgen, was ihnen die Stadt zum Ort der Unfreiheit und Unterdrückung macht.



Zum 4. überregionalen Treffen 1987 in Magdeburg sind Vertreterinnen aus 20 Frauengruppen angereist. Diesmal diskutieren sie ihr Selbstverständnis und ihre Rolle als Frau in der DDR.

BSSU

HOFFNUNG

wecken



„Ich stelle mir die Welt vor wie einen riesengroßen, dreieckigen Teppich. Er muss mal richtig ausgeklopft werden.“ Zum Evangelischen Kirchentag in Erfurt sind die Vertreterinnen der Ostberliner Frauen für den Frieden 1988 mit einer Ausstellung von Kinderzeichnungen zum Thema „Meine Vorstellungen von der Erde in Zukunft“ dabei.

Robert-Havemann-Gesellschaft

Für die Frauengruppen und die DDR-Opposition insgesamt wird das innenpolitische Klima rauer. Im November 1987 werden Mitglieder der Ostberliner Umwelt-Bibliothek verhaftet. Im Januar 1988 wird der Versuch einiger Demonstranten, mit eigenen Transparenten an der staatlichen Gedenkdemonstration anlässlich des Todes von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht teilzunehmen, Anlass für eine regelrechte Verhaftungswelle. Versammlungen in Kirchen und Mahnwachen im ganzen Land in bis dahin nicht erlebtem Ausmaß sind die Antwort. Die Mitarbeiter der Umwelt-Bibliothek werden wieder entlassen. Den im Januar Verhafteten nützt der Aufruhr in den Kirchen nichts. Unter Androhung von bis zu zwölf Jahren Gefängnis entscheiden sich die meisten für eine Ausreise aus der DDR. Hoffnung wächst aus der landesweiten Solidarität. Die Frauen wollen Handlungsräume außerhalb der Kirchen erschließen. Frauenbibliotheken und -zentren sollen entstehen. Das überregionale Frauennetzwerk verändert seine Struktur und wächst weiter. Es entwickeln sich neue regionale Zusammenschlüsse, feministisch orientierte Arbeitskreise und Lesbenwerkstätten. Parallel dazu sind die Frauen auch in anderen Friedens-, Umwelt-, Anti-Atomkraft-, Dritte-Welt- oder Menschenrechtsgruppen aktiv.

»Wir sehen in dieser Aktion gegen die Umwelt-Bibliothek einen Angriff auf alle Gruppen der unabhängigen Friedensbewegung, auf die Ökologie- und Menschenrechtsgruppen.«

Gemeinsame Erklärung vom 25. November 1987, auch von der Gruppe Frauen für den Frieden unterzeichnet



Mahnwache für die Freilassung der inhaftierten Mitglieder der Umwelt-Bibliothek vor der Zionskirche im November 1987. Unter den Teilnehmenden befinden sich Freya Klier und Stephan Krawczyk (Bildmitte), die im Januar 1988 selbst verhaftet werden.

BSU, MS, HA XX/ Fo 43, Bild 11



Ein auf der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration am 17. Januar 1988 in Ost-Berlin beschlagnahmtes Transparent. Anders als wenige Monate zuvor beim Olof-Palme-Friedensmarsch sind eigene Spruchbänder im Jahr 1988 Anlass für Verhaftungen und Ausweisungen aus der DDR.

BSU, MS, HA IX, 10302, Bild 9

Die Dresdner Malerin Angela Hampel entwirft ein Exlibris für die in Berlin geplante Frauenbibliothek.



Robert-Havemann-Gesellschaft/Angela Hampel



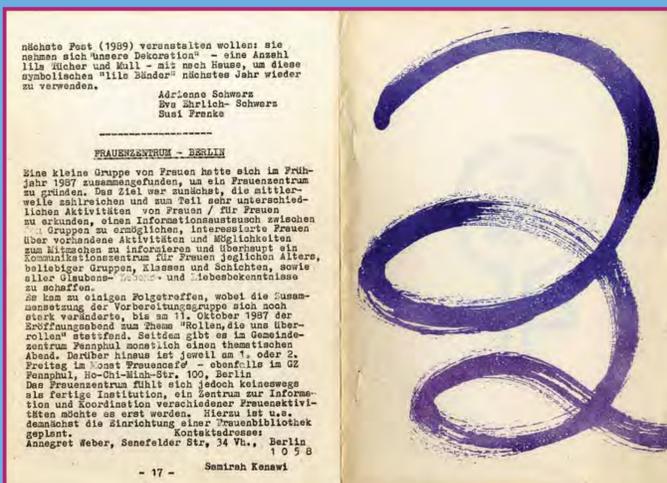
Rundbrief der Berliner Frauen für den Frieden vom März 1988. Das Spektrum der Themen hat sich erweitert. Zum Kampf gegen Militarisierung und für Abrüstung sind Gentechnik, Umweltpolitik und Atomenergie hinzugekommen. Einen Monat später findet das 5. Koordinierungstreffen der Frauengruppen in Karl-Marx-Stadt unter dem Motto „Frauen und Autoritätsstrukturen“ statt.

Robert-Havemann-Gesellschaft



Mit Vorträgen zur Umweltbelastung in der DDR, zur Entwicklung der Gentechnik und zur Verantwortung für die kommenden Generationen beteiligen sich die Frauen für den Frieden aus verschiedenen Gruppen im Rahmen des Evangelischen Kirchentages in Erfurt am Frauenforum.

Robert-Havemann-Gesellschaft



Robert-Havemann-Gesellschaft

Bekanntmachung in der Samisdatzeitschrift „Lila Band“, Dresden 1988, Heft 4. Ein Frauenzentrum hat in Berlin die Arbeit aufgenommen. Auch in anderen Städten entstehen ähnliche Einrichtungen, wie in Schwerin das Zentrum SOWIESO.

SELBSTBESTIMMT

handeln

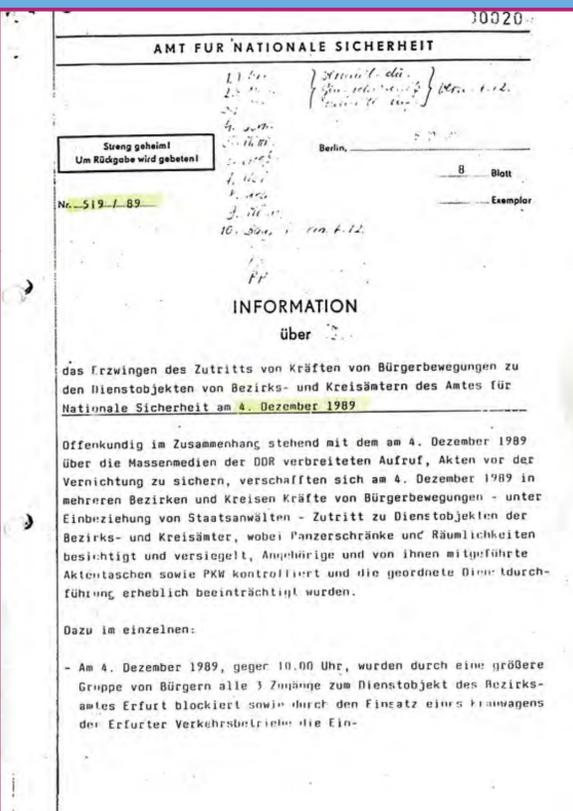


Besetzerinnen und Besetzer der Stasi-Bezirksverwaltung in Erfurt konfrontieren den Leiter, Generalmajor D. Josef Schwarz (Bildmitte), am 4. Dezember 1989 mit ihren Forderungen. Von den Frauen für Veränderung sind Tely Büchner (links sitzend) und neben ihr stehend Gabriele Stötzer sowie Barbara Sengewald dabei.

Sascha Fromm

Während der Revolution 1989/90 erzwingen die Menschen in der DDR mit Kerzen und Transparenten den Rückzug der herrschenden kommunistischen Partei. Frauen sind auf der Straße, in den neuen Bürgerbewegungen und bei den Besetzungen der Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit in vorderster Reihe dabei.

Die erste Besetzung einer Stasi-Bezirksverwaltung findet am Morgen des 4. Dezembers 1989 in Erfurt statt. Für die Gruppe Frauen für Veränderung, einem Zusammenschluss mehrerer Frauengruppen der Stadt, steht fest, dass die seit Tagen stattfindende Aktenvernichtung gestoppt werden muss. Die Frauen mobilisieren Freunde und Bekannte, fahren zum Rat der Stadt, zur Staatsanwaltschaft und zum Bürgermeister. Sie wollen Unterstützung, um in das Stasi-Gebäude zu gelangen. Inzwischen rufen weitere Frauen in Betrieben, Kaufhallen und auf Baustellen dazu auf, das Gebäude zu umstellen und die Ausgänge zu bewachen. Tausende Erfurter folgen dieser Aufforderung. Mehrere Gruppen stürmen das Gelände, unter ihnen die Frauen für Veränderung. Mit vereinten Kräften versiegeln sie die Räume. Am Abend wird das Bürgerkomitee zur Auflösung des MfS gegründet. Andere Städte folgen diesem Beispiel. Der Prozess der gewaltfreien Auflösung des einstmalig gefürchteten Geheimdienstes ist somit durch eine Handvoll entschlossener Frauen eingeleitet.



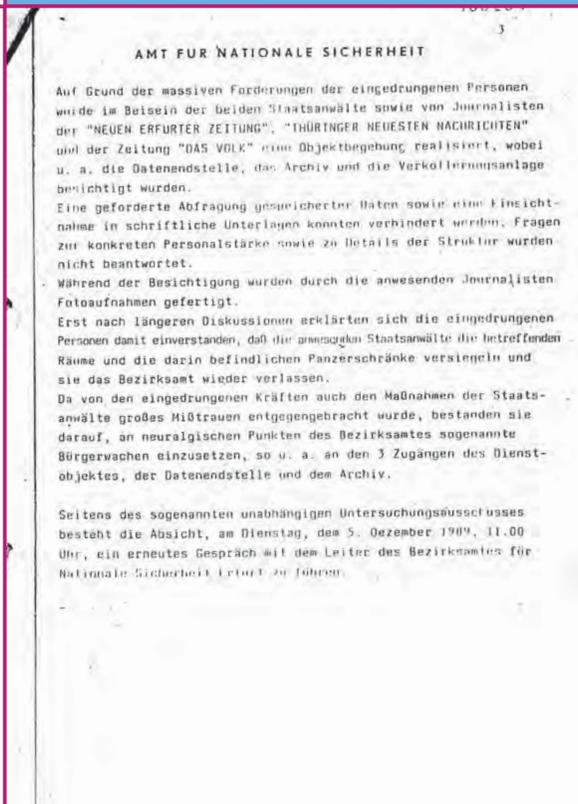
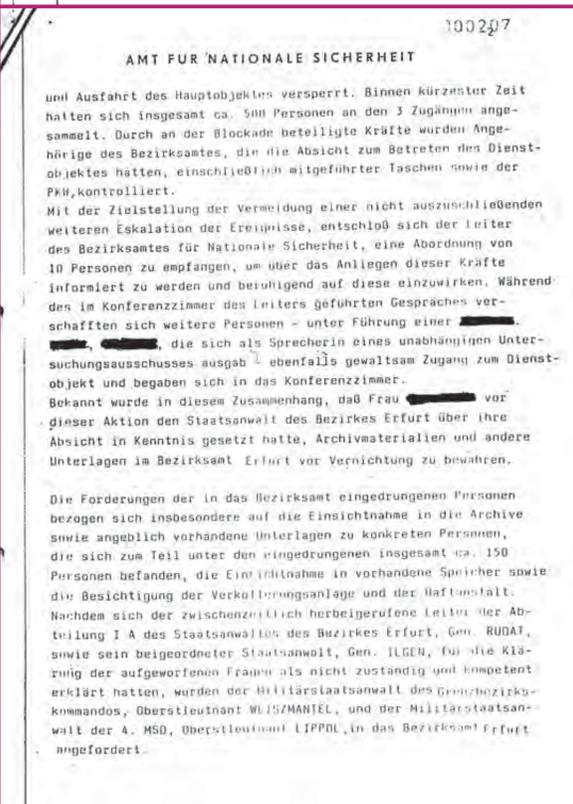
»Die »Frauen für Veränderung«, ein Zusammenschluss mehrerer Frauengruppen in Erfurt, gaben den Anstoß – und der Mut vieler führte zur Blockade, Besetzung und letztendlich zur Auflösung [der MfS-Dienststellen].«

Barbara Sengewald
über die Besetzung der Stasi-Einrichtungen
am 4. Dezember 1989 in Erfurt

„Binnen kürzester Zeit hatten sich ca. 500 Personen an den drei Zugängen angesammelt“, berichtet die inzwischen in Amt für Nationale Sicherheit umbenannte Stasi einige Tage später. Aus den Hunderten wurden Tausende. Am Abend war die Bezirksverwaltung in den Händen der Erfurter und nicht mehr arbeitsfähig.



Treffen der Frauen für Veränderung 1989, links stehend Gabriele Stötzer. Die Frauen engagieren sich für gesellschaftliche Reformen, fordern Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sprechen auf Demonstrationen.



BStU, AMS, ZAIG 5752



Bestandsaufnahme in der Waffenkammer der ebenfalls am 4. Dezember 1989 besetzten Stasi-Kreisdienststelle in Eisenach. Am Tisch sitzend Christine Grabe von den Eisenacher Frauen für den Frieden

Privat

Robert-Havemann-Gesellschaft/Lutz Mittelbach

VERÄNDERUNGEN

erstreiten



Archiv Bundesstiftung Aufarbeitung, Bestand Klaus Mehner, Nr. 89_1104_POI-Demo_53

Bärbel Bohley und Jutta Seidel (Bildmitte) von den Ostberliner Frauen für den Frieden gehören im September 1989 zu den Mitbegründerinnen der Bürgerbewegung Neues Forum. Am 4. November 1989 sind sie auf dem Berliner Alexanderplatz Teilnehmerinnen der größten Demonstration in der Geschichte der DDR.

Die turbulenten politischen Ereignisse 1989/90 wirbeln auch das inzwischen DDR-weit existierende Frauennetzwerk durcheinander. Es geht in den neu entstehenden Strukturen auf. Frauen aus den verschiedenen Gruppen und Initiativen sind an der Gründung neuer Bürgerbewegungen und Parteien beteiligt. Sie werden aktiv im Neuen Forum, in Demokratie Jetzt, im Demokratischen Aufbruch, in der SDP, der Grünen Liga und der Grünen Partei der DDR.

Anfang Dezember 1989 wird ein Unabhängiger Frauenverband gegründet, in dem sich Frauen aus unterschiedlichen Frauengruppen und Parteien engagieren.

Am Zentralen Runden Tisch führen die neu gegründeten Bewegungen und Parteien vier Monate lang zähe Verhandlungen mit den Vertretern des alten Machtapparates. Hier und an den in vielen Städten und Stadtbezirken eingerichteten Runden Tischen sind die Frauen an der Schaffung wesentlicher Voraussetzungen für die Demokratisierung der DDR beteiligt. In der 1990 neu gewählten Volkskammer, den Landtagen und kommunalen Parlamenten mischen sie sich in die Politik ein.



Robert-Havemann-Gesellschaft / Giesela Funke



Robert-Havemann-Gesellschaft / Giesela Funke

Über tausend Teilnehmerinnen gründen am 3. Dezember 1989 den Unabhängigen Frauenverband. Er vereint unterschiedlichste Gruppen unter seinem Dach. Vertreterinnen werden an den Zentralen Runden Tisch entsandt, um sofort an der Politik teilhaben zu können. 1990 tritt der Verband bei verschiedenen Wahlen an.



Robert-Havemann-Gesellschaft / Uwe Rohmbock

Frauen aus Ost- und West-Berlin demonstrieren im September 1990 gegen den Paragraphen 218, der nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 auch für das Gebiet der DDR gelten soll. Sie wollen eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs für ganz Deutschland erreichen.



Andreas Schoebel

Mitglieder der Volkskammer am 30. August 1990 am Rande einer Sitzung. Unter ihnen die Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Grüne Christine Grabe (2. von links) von den Frauen für den Frieden Eisenach.



Robert-Havemann-Gesellschaft

Ulrike Poppe (links) aus der Ostberliner Frauengruppe gründet die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt mit und vertritt diese am Zentralen Runden Tisch.

»Aber wenn wir nicht locker lassen, werden sich ja auch hier die Zeiten ändern und wir werden uns mit einem freien Gefühl wiedersehen.«

Bärbel Bohley, Ost-Berlin, in einem Brief an Ingeborg Michael, Frauen für den Frieden in West-Berlin, 3. September 1988



Robert-Havemann-Gesellschaft

Wahlplakat zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990, mit dabei Katrin Eigenfeld von den Hallenser Frauen für den Frieden (4. Reihe rechts)



Plakat des Unabhängigen Frauenverbandes 1990. Schon ein Jahr zuvor hat Anke Feuchtenberger dieses Motiv entwickelt, das schließlich zum Wahlplakat wird.

Robert-Havemann-Gesellschaft

Die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. dokumentiert und vermittelt die Geschichte und die Erfahrungen von Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur. Der Verein ist Träger des Archivs der DDR-Opposition, Herausgeber von Publikationen zur Oppositionsgeschichte, vermittelt Zeitzeugen und ist in der politischen Bildung aktiv. Im Archiv der DDR-Opposition befinden sich u. a. Unterlagen zur nicht-staatlichen Frauenbewegung in der DDR, zur DDR-Friedensbewegung, zu oppositionellen Gruppen wie Frauen für den Frieden oder Initiative Frieden und Menschenrechte, zum Unabhängigen Frauenverband sowie zahlreiche Bestände von DDR-Oppositionellen.

DDR-Opposition im Internet

Im Internetauftritt www.jugendopposition.de, einem gemeinsamen Angebot der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und der Bundeszentrale für politische Bildung, vermitteln Fotos, Dokumente, Filme und Zeitzeugenberichte anschaulich die Situation und die Hoffnungen junger Menschen in der DDR. Unterrichtsmaterialien, Begriffserklärungen und Biografien komplettieren das Angebot. Der mit dem Grimme Online Award ausgezeichnete multimediale Auftritt eignet sich besonders für den Einsatz in Schulen und Bildungseinrichtungen.

Das Webportal www.revolution89.de informiert mehrsprachig über die Freiheitsrevolution von 1989/90 und den Weg zur deutschen Einheit.

Impressum

Robert-Havemann-Gesellschaft e. V.
Schliemannstraße 23, 10437 Berlin
www.havemann-gesellschaft.de

Konzept und Texte: Irena Kukutz, Tina Krone
Bild- und Textredaktion: Stefanie Wahl – wahl_büro Berlin
Lektorat: Susanne Gabriele Gast
Grafik: Karolin Köppe – commoto Berlin

Bildnachweis

Trotz sorgfältiger Nachforschungen konnten nicht alle Rechte-Inhaber und -Inhaberinnen ermittelt werden. Diese haben die Möglichkeit, sich an die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. zu wenden.

Eine Ausstellung der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

ROBERT HAVEMANN
GESELLSCHAFT e. V.
ARCHIV DER DDR-OPPOSITION

 BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG